SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Die politischen Parteien in der Ukraine: Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Parlaments

Ott, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Ott, A. (2000). *Die politischen Parteien in der Ukraine: Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Parlaments.* (Berichte / BIOst, 10-2000). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41500

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: http://www.biost.de
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0435-7183

Inhalt

		Seite
Kurzfassung		3
Einführung und Fragestellung		5
1.	Zur Spezifik des ukrainischen Mehrparteiensystems	6
1.1	Das Fehlen einer adäquaten normativen Basis	6
1.2	Besonderheiten der ukrainischen Parteienlandschaft	7
1.3	Macht der Parteien oder "Partei der Macht"	10
2.	Zu den wichtigsten Parteien	13
2.1	Linke	13
2.2	Zentrum	17
2.3	Nationaldemokraten (Rechtszentristen) und die Rechten	26
3.	Parteien und ihre Fraktionen im Parlament	30
3.1	Fluktuation in der VR	30
3.2	Erdbeben im Parlament nach den Präsidentschaftswahlen 1999	33
3.3	Die "samtene Revolution" im Parlament	36
Fazit		41
Abkürzungsverzeichnis		41
Summary		43

25. April 2000

Diese Arbeit entstand im Rahmen des von der Volkswagen-Stiftung geförderten Projekts "Die Ukraine auf dem Weg zur Demokratie" am BIOst.

Alexander Ott

Die politischen Parteien in der Ukraine: Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Parlaments

Bericht des BIOst Nr. 10/2000

Kurzfassung

Ergebnisse

1. Das ukrainische Mehrparteiensystem weist viele Besonderheiten auf, die es von westlichen Demokratien unterscheiden. Das Fehlen einer gesetzlichen Basis scheint kein Hindernis für das Anwachsen der Zahl der Parteien zu sein. Das Gesetz "Über die politischen Parteien" wurde zwar im März 2000 vom Parlament verabschiedet, ist aber nicht in Kraft, da der Präsident Unterschrift und Inkraftsetzung verweigert. Inzwischen existieren in der Ukraine über 90 Parteien, von denen weniger als 20 das Prädikat "politisch" verdienen. Die Zahl der Parteien ist umgekehrt proportional zu ihrem politischen Einfluß.
2. Die Parteienlandschaft der Ukraine erlebt seit Jahren einen regelrechten Boom. Fast jeden Monat entstehen neue Gruppierungen und Vereinigungen, die sich Parteien nennen, während die bereits existierenden Parteien von Zersplitterungen und Abspaltungen erschüttert werden. Wie erwartet, bekommt das Parteienleben besonders starke Impulse vor Wahlen: Es werden Blöcke und Koalitionen gebildet, Parteiführungen ausgewechselt, Wahlprogramme erneuert, Parteinamen geändert und besonders häufig neue Parteien gegründet.
3. Das politische Geschehen in der Ukraine ist sehr im Fluß. Die Parteien bleiben höchst instabil und in hohem Maß von der Staatsmacht abhängig. Es gibt kaum eine ukrainische Partei, die nicht von Zersplitterungen, Abspaltungen, innerparteilichen Revolten, Absetzung der Parteiführung usw. erschüttert worden wäre. Am Vorabend der Präsidentschaftswahlen 1999 spalteten sich viele Parteien, wie z.B. die Ruch, die in Ruch von Čornovil-Udovenko und Ruch von Kostenko zerfiel, die SDPU(o)[1] (von ihr spalteten sich zunächst die USDP von Onopenko und später die SDS von Peresun'ko ab), die DPU, die praktisch aus zwei Parteien mit gleichem Namen, aber mit unterschiedlichen Vorsitzenden (Anton'jeva und Javorivs'kyj) existierte. Zur Spaltung kam es auch in der VOH und der NDPU. Die Instabilität der Parteien spiegelt sich ebenfalls im Parlament wider: Auf den Zerfall einer Partei folgt die Spaltung der Fraktion, so z.B. bei der NRU in Ruch-1 und einfach Ruch und bei der VOH in "Vaterland" und "Hromada".

---

[1] Abkürzungsverzeichnis siehe am Ende des Berichts.

4. In den letzten Jahren haben sich neben zahlreichen Pseudo- und Miniparteien einige feste Größen in der politischen Landschaft etabliert, die in den Wahlen demokratische Legitimation erlangt hatten. Auf dem linken Flügel sind dies: Kommunisten (KPU), Sozialisten (SPU), die Bauernpartei (SelPU) und Progressive Sozialisten (PSPU), auf dem rechten (nationaldemokratischen) Flügel die NRU und in der Mitte die NDPU und die SDPU(o). Sie alle haben bei den Parlamentswahlen 1998 die 4%-Hürde genommen und sind in Fraktionsstärke im Parlament vertreten. Eine zunehmende Rolle spielen einige neue Parteien (VOB, DS, TPU), die mit der Exekutive eng verflochten sind.
5. In der ersten Amtszeit Kučmas entstanden dank seiner Politik zahlreiche Interessengruppen und Unternehmerclans, die auch "Oligarchen" genannt werden. Mit der Gründung eigener Parteien (DS oder TPU) begannen sie aus der "Schattenpolitik" herauszutreten und zu legalen politischen Akteuren zu werden. Sie bilden den Kern der sogenannten "Partei der Macht". Die Politik wurde von den Oligarchen als eine Art lukratives Geschäft entdeckt. Da erfolgreiche Unternehmen in der Ukraine nur mit Wohlwollen und ausschließlich unter der Kontrolle der Exekutive möglich sind, können nur loyale Geschäftsleute langfristig überleben. Die Basis der Oligarchen-Parteien liegt in ihrer Monopolstellung in den wichtigsten Industriezweigen.
6. Im Parlament fand im Januar-Februar 2000 eine propräsidentische Revolution statt, die den Einfluß der Linken radikal reduzierte und zu Machtverschiebungen sowohl in der Verchovna Rada (VR) als auch im Verhältnis Parlament–Präsident führte. Die KPU bildet zwar nach wie vor die zahlenmäßig größte Fraktion, verfügt aber nach der "samtenen Revolution" über keine Machthebel mehr. Sie liegen in den Händen von drei Fraktionen: der SDPU(o), der TPU und der "Wiedergeburt der Regionen" (Partei DS), die ein Konglomerat aus elf Fraktionen und Abgeordnetengruppen anführen. Diese drei Parteien, die Expremierminister und NDPU-Chef Pustovojtenko und seine Partei ins politische Abseits drängten, haben nach den Präsidentschaftswahlen auch die politische Initiative. Die Fraktionen, die die parlamentarische Mehrheit bilden, unterstützen die vom Präsidenten angekündigten Reformen. Diese Mehrheit entstand nicht als Resultat demokratischer Wahlen, sondern kam mit administrativen Methoden zustande: unter dem erheblichen Druck seitens des Präsidenten und seiner Administration sowie der Androhung der Parlamentsauflösung.
7. Die Ergebnisse des Referendums vom 16. April 2000 sind ein Erfolg für Kučma und die Bestätigung seiner Linie einer Entmachtung des Parlaments. Sich auf den "Willen des Volkes" stützend, verlangt Kučma zwar vom Parlament, Verfassungsänderungen entsprechend den Referendumsergebnissen rasch zu verabschieden. Dies käme aber einer Selbstbeschneidung der VR gleich. Darüber hinaus reicht die präsidententreue Mehrheit im Parlament nicht aus, um die Verfassung zu revidieren. Aber unabhängig davon, ob die für die Verfassungskorrekturen notwendige Zweidrittelmehrheit zustande kommt, ist die VR für die nächste Zeit gelähmt.

Einführung und Fragestellung

Der vorliegende Bericht setzt die Erforschung und Beschreibung der ukrainischen politischen Parteien durch den Autor fort.[2] Da die Zahl der Parteien in der Ukraine sehr groß ist und die Kettenreaktion von Spaltungen und Fusionen unvermindert andauert, erscheint es unmöglich, in einem Bericht alle existierenden Parteien auch nur kurz zu präsentieren. Aus diesem Grund werden lediglich die Parteien näher vorgestellt, die sich in den letzten Jahren als feste Größen etablieren konnten.

Da in den früheren Publikationen sowohl die Parlamentswahlen 1998 als auch die Präsidentschaftswahlen 1999 unter parteipolitischem Aspekt analysiert wurden, wird in der vorliegenden Arbeit mehr auf aktuelle Entwicklungen im Parteiensystem eingegangen. Dabei werden das innerparteiliche Leben der etablierten Parteien in den letzten zwei Jahren sowie die Kräfteverhältnisse im Parlament beleuchtet. Da die Parteienlandschaft der Ukraine nicht gefestigt ist, sondern sich rasch ändert, ist es notwendig, die Erkenntnisse hinsichtlich des Mehrparteiensystems auf den neuesten Stand zu bringen und festzuhalten.

Da ein funktionierendes Mehrparteiensystem wichtiger Bestandteil einer demokratischen Gesellschaftsordnung ist, nimmt die Analyse des Parteiensystems neben der Analyse der Machtinstitutionen bei der Erforschung des ukrainischen Wegs zur Demokratie einen wesentlichen Platz ein. Sie ermöglicht bessere Einblicke in die Besonderheiten des ukrainischen politischen Systems, das in den letzten Jahren deutlichere Konturen gewonnen hat. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus entstand in der unabhängigen Ukraine ein parteipolitischer Pluralismus unter den schwierigen Rahmenbedingungen einer andauernden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise, die seine Entwicklung prägte.

Im Unterschied zu den westeuropäischen Demokratien, in denen Parteien eine überragende Rolle im politischen Leben spielen, kann von einer gefestigten Machtstellung der Parteien in der Ukraine keine Rede sein. Die Gründe dafür, warum die Parteien auch im neunten Jahr der Unabhängigkeit nicht zu Grundpfeilern des politischen Systems geworden sind, werden im folgenden analysiert. Weitere wichtige Fragen, die im Bericht behandelt werden, sind: Welche Besonderheiten weist das ukrainische Mehrparteiensystem auf? Wie ist das Verhältnis der Parteien zur Macht? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen bestehen für die Parteien in der Ukraine? Was sind die Gründe für die explosionsartigen Spaltungen und Neugründungen der Parteien? Wie ist das Verhältnis zwischen Parteien und Oligarchen?

---

[2] Siehe: Die politischen Parteien in der Ukraine, Berichte des BIOst, 13, 1995; Die politischen Parteien in der Ukraine vor den Parlamentswahlen, Berichte des BIOst, 45, 1997; Die Ukraine vor und nach den Parlamentswahlen, Berichte des BIOst, 2, 1999, und Die Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen im Herbst 1999, Berichte des BIOst, 27, 1999.

1. Zur Spezifik des ukrainischen Mehrparteiensystems

1.1 Das Fehlen einer adäquaten normativen Basis

Erst mehr als drei Jahre nach der Verabschiedung der Verfassung von 1996 wurde ein neues, ihr entsprechendes Gesetz über die politischen Parteien von der Verchovna Rada (VR) gebilligt. Seine Annahme wurde seit Jahren hinausgezögert: Der im Januar 1997 eingebrachte Gesetzentwurf wurde erst am 21. Dezember 1999 mit 239 Stimmen verabschiedet.

Das Gesetz "Über die politischen Parteien in der Ukraine" definiert den Begriff "politische Partei", ihre Rolle im politischen System und im Staatsgefüge, die Bedingungen für Gründung und Auflösung einer politischen Partei, Anforderungen an Ideologie und Programme, materielle Basis und Finanzen einer Partei und ihre Beteiligung an den Wahlen. Es sieht unter anderem vor, daß nur das Oberste Gericht der Ukraine, nicht aber Exekutivorgane eine politische Partei verbieten können. Die Mitgliedschaft in einer Partei muß fixiert und dokumentiert sein. Die minimale Mitgliederstärke einer Partei wird nicht festgelegt. Das Gesetz enthält das Verbot für Militärangehörige, einer Partei beizutreten. Den Parteien wird verboten, eigene paramilitärische oder bewaffnete Strukturen zu unterhalten.

Der Präsident unterzeichnete das Gesetz aber nicht, sondern leitete es am 17. Januar 2000 mit seinen Korrekturen und Vorschlägen an die VR zurück. Formal gesehen legte der Präsident kein Veto ein, sondern schlug dem Parlament vor, das Gesetz aufzuheben und es in einer neuen Fassung zu verabschieden. Nach Ansicht Kučmas beschränkt das verabschiedete Gesetz das Verfassungsrecht der Bürger auf Mitgliedschaft in einer Partei; es sieht keine Untergrenze für die Mitgliederzahl vor, die für die Bildung einer Partei notwendig ist, ebensowenig Bedingungen für ihre Registrierung und Tätigkeit. Außerdem regelt das Gesetz die Stellung und die Rechte der Opposition und der Parteien, die diese Opposition bilden, nicht klar; es fehlen Garantien für die Tätigkeit der Opposition.[3]

Am 16. März 2000 befaßte sich die VR mit den Einwänden des Präsidenten. Die Mehrheit von Kučmas Korrekturen wurde angenommen, darunter auch die Novelle, die besagt, daß ein Abgeordneter sein Mandat verliert, falls er – über Parteiliste gewählt – seine Fraktion verläßt. Die Zahl der Unterschriften, die für die Registrierung einer Partei notwendig sind, wurde ebenfalls auf Kučmas Initiative von 1.000 auf 10.000 erhöht. Sie müssen in zwei Dritteln der Regionen gesammelt werden. Der Vorschlag des Präsidenten, eine politische Partei zur Wahlteilnahme zu verpflichten, wurde hingegen nicht berücksichtigt.

Um eine Konfrontation mit dem Präsidenten nicht zu riskieren, ging die VR auf seinen Vorschlag ein und verabschiedete mit Zweidrittelmehrheit das Gesetz in neuer Redaktion: Von 393 anwesenden Abgeordneten stimmten 351 dafür und 7 dagegen.[4] Das neue Gesetz konnte aber nicht in Kraft treten, da Kučma erneut seine Unterschrift verweigerte und wiederum an die VR appellierte, das verabschiedete Gesetz zu verwerfen und ein neues auszuarbeiten.[5] Bis

---

[3] Holos Ukrajiny, 19.1.2000, S. 3.

[4] Nezavisimost', 17.3.2000, S. 1.

[5] Den', 21.3.2000, S. 2.

das neue Gesetz über politische Parteien rechtskräftig wird, regelt das Gesetz "Über die Vereinigungen der Bürger", das der neuen Verfassung nicht mehr entspricht, das Parteileben in der Ukraine.

1.2 Besonderheiten der ukrainischen Parteienlandschaft

Das ukrainische Parteiensystem unterscheidet sich wesentlich von dem in Westeuropa. Das Mehrparteiensystem ist noch sehr jung wie auch der ukrainische Staat selbst: Erst vor zehn Jahren (in der späten Perestrojka-Zeit 1989-1991) entstanden die ersten nichtkommunistischen Parteien in der damaligen Ukrainischen SSR, also vor dem Zerfall der Sowjetunion. Sie waren Protoparteien, eine Art Sammelbecken für ganz unterschiedliche Kräfte, und konnten deswegen die Dominanz der herrschenden Kommunistischen Partei nicht "von außen" brechen. Ihre historische Rolle (vor allem der stärksten unter den nationaldemokratischen Parteien der "ersten Stunde", der Ruch) bestand darin, den demokratischen Druck auf die KPU zu organisieren und aufrechtzuerhalten und somit die Evolution der KPU-Führung zum Nationalismus voranzutreiben. Diese heterogenen Protoparteien stellten den Ausgangspunkt für die Entwicklung des ukrainischen Mehrparteiensystems dar.

Die Proklamation der Unabhängigkeit und das Verbot der Kommunistischen Partei kurz nach dem gescheiterten Putsch in Moskau im August 1991 gaben der Herausbildung der Parteienlandschaft in der Ukraine einen kräftigen Schub. Die Zahl der Parteien stieg seitdem kontinuierlich an: 27 (1993), 39 (1994) und 45 (1997). Zu den wirklichen Katalysatoren der explosionsartigen Parteienvermehrung sind aber die Wahlen geworden. Die Reformierung des Wahlgesetzes im Herbst 1997 und die Einführung des gemischten Wahlrechts, wonach die Hälfte der 450 Parlamentssitze nach der Listenwahl von den Parteien besetzt wird, trugen ebenfalls dazu bei, daß die Zahl der Parteien 1998 auf 65 anstieg. Im Präsidentschaftswahljahr 1999 gab es schon etwa 80 Parteien. Anfang 2000 teilte das ukrainische Justizministerium mit, daß über 90 Parteien offiziell registriert sind.

Von dieser Vielzahl der Parteien sind über 70 Zwergparteien ohne jegliche politische Bedeutung und ohne Zukunft. Im Prozeß der Differenzierung der Parteienlandschaft entstand aber eine Gruppe von Parteien, die sich nach ihrer Bedeutung von den übrigen stark unterscheiden. In den letzten Jahren hat sich ein sogenannter "harter Kern" herauskristallisiert, dem etwa 15 Parteien zugerechnet werden können. Diesen "harten Kern" bilden in erster Linie die Parteien, die bei den Parlamentswahlen im März 1998 die 4%-Hürde überwunden haben und damit im Parlament eigene Fraktionen bilden konnten. Das sind: KPU, SPU, SelPU, PSPU, NRU, NDPU, SDPU(o), VOH und PZU. Außerdem werden die Parteien dazugerechnet, die an der 4%-Hürde zwar scheiterten, in der Parteienlandschaft aber deutlich hervortreten: PRP und URP. Und schließlich sind es die Parteien, die erst nach den Parlamentswahlen 1998 entstanden sind und deswegen noch nicht näher beschrieben werden konnten: VP (später "Sobor"), DS, TPU, UNR, VOB. Einige von diesen "neuen" Parteien sind inzwischen auch im Parlament vertreten, weil sie von den jeweiligen Fraktionen ins Leben gerufen wurden – ein in Westeuropa unbekanntes Phänomen. Wegen ihrer besonderen Nähe zum Präsidenten (wie im Fall der DS oder der TPU) spielen sie eine zunehmende Rolle in der

VR; außerhalb des Parlaments sind sie dagegen noch kaum bekannt. Diese drei Gruppen dominieren im Mehrparteiensystem. In ihren Reihen befinden sich auch die Personen, die Rang und Namen in der ukrainischen Politik haben und zur politischen Elite des Landes gehören.

Einem außenstehenden Beobachter erscheint das ukrainische Parteileben als chaotische Brownsche Bewegung. Zur Besonderheit des ukrainischen Parteiensystems gehört die Tatsache, daß die meisten der 90 Parteien extrem instabil sind: Spaltungen und Fusionen, Führer- und Programmwechsel, Parteirevolten und Namensänderungen sind an der Tagesordnung. Sogar verhältnismäßig große und einflußreiche Parteien wie die Ruch, die NDPU, die SDPU(o) oder die VOH konnten Zersplitterungen und Abspaltungen nicht vermeiden, von kleineren Parteien ganz zu schweigen. Die Spaltungen der Parteien nahmen in den letzten drei Jahren den Charakter einer Kettenreaktion an. Relative Stabilität in bezug auf Programmatik und Mitgliederstärke wiesen nur linke Parteien auf, vor allem die KPU.

Mit ganz wenigen Ausnahmen sind fast alle Parteien mit eigenen Problemen beschäftigt. Zuweilen entsteht der Eindruck, daß viele Parteien selbstgenügsam sind und sich ausschließlich innerparteilichen Streitigkeiten und der Austragung von persönlichen Rivalitäten widmen. Die Ausarbeitung detaillierter Parteiprogramme bleibt dabei häufig auf der Strecke. Ein so turbulentes Innenleben läßt den Parteien kaum Zeit, Kraft und Kapazitäten, sich mit politischen Problemen auseinanderzusetzen. Die Partei- und Wahlprogramme enthalten wenig Spezifisches und sind oft austauschbar. Alle Parteien – unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung – versprechen eine volksnahe Demokratie, sozial orientierte Marktwirtschaft, Vielfalt der Eigentumsformen, Wohlstand für alle und Korruptionsbekämpfung. In den Programmen steht wenig Aussagekräftiges, wie diese Ziele erreicht werden können. In der Regel gehen die Programme über Allgemeinplätze und abstrakte Wunschvorstellungen nicht hinaus. Die meisten Parteien leiden also unter programmatischer Schwäche und mangelndem Profil.

Außerdem spielen weniger Parteiprogramme die entscheidende Rolle bei der Festlegung der Parteilinie als vielmehr die Haltung der Partei gegenüber der "Macht". So ist es nicht verwunderlich, wenn die Parteien, die einander unversöhnlich gegenüberstehen, die Präsidentenpolitik aus unterschiedlichen Gründen scharf kritisieren (wie z.B. die KPU und die URP). Da die Programme einander gleichen und sowieso nur von Intellektuellen gelesen werden, streben die Parteien danach, landesweit bekannte Persönlichkeiten (in erster Linie Schauspieler, Sportler, Journalisten und insbesondere Geschäftsleute) für sich zu gewinnen. Im Wahlkampf werden oft parteilose Prominente ganz oben auf die Parteilisten gesetzt, um den Popularitätsgrad einer Partei zu steigern.

Eine wesentlich größere Rolle als Programme spielen im Parteileben einzelne Personen. Das ukrainische Parteiensystem ist extrem personenorientiert. Die meisten Parteien, auch viele der "etablierten", sind Führerparteien. Oft halten nur die Autorität und Popularität eines Vorsitzenden die Partei und Fraktion zusammen. Mit dem Vorsitzenden steht die Partei, und mit ihm fällt sie, wie die Geschichte der Spaltung der VOH und der Ruch verdeutlichen. Nach der Flucht Lazarenkos in die USA im Februar 1998 zerfiel seine Partei VOH binnen kürzester

Zeit. Dasselbe Schicksal erlebte die Ruch: nach dem Unfalltod ihres Vorsitzenden Čornovil im März 1998 und ihrer Spaltung versank die einst populäre Partei mehr und mehr in Bedeutungslosigkeit. Drei Prozent für beide Ruch-Bewerber bei den Präsidentschaftswahlen 1999 sprechen eine deutliche Sprache. Sowohl die VOH als auch die Ruch büßten an Einfluß im Parlament ein. Charismatische Parteivorsitzende sind die Zugpferde, die den Parteien Wahlerfolge sichern. So verdankt z.B. die PSPU den Einzug ins Parlament allein ihrer Parteichefin Natalija Vitrenko. Die überproportionale Rolle des Parteivorsitzenden spiegelt sich in der Tatsache wider, daß die öffentliche Meinung eine Partei oft mit ihm gleichsetzt (PSPU mit Vitrenko, VOH mit Lazarenko, SPU mit Moroz, SDPU(o) mit dem Tandem Surkis-Medvedčuk, die Ruch mit Čornovil, die LPU mit Ščerban' und die PZU mit Kononov).

Mit der hypertrophierten Rolle des Parteivorsitzenden hängt ein anderes Phänomen zusammen. Wie paradox es auch erscheinen mag, gibt es doch in der Ukraine bis heute keine einzige gesamtukrainische Partei, die mehr oder weniger gleichmäßige Wahlergebnisse im ganzen Land vorweisen könnte. Selbst etablierte Parteien, die bei den letzten Parlamentswahlen 1998 die 4%-Hürde genommen haben und im Parlament Fraktionen bilden, sind im Grunde Regionalparteien.

Ihr Regionalcharakter ist nicht auf eine besonders tiefe Verwurzelung und breite Basis im entsprechenden Gebiet zurückzuführen, sondern auf die Popularität des Parteivorsitzenden, der in der Regel aus der Region stammt oder dort seine berufliche oder politische Karriere begann. Der Erfolg der PSPU bei den Parlamentswahlen 1998 in Sumy läßt sich nur mit der Popularität der PSPU-Vorsitzenden Vitrenko erklären (20%). Die VOH verdankt ihrem damaligen Parteivorsitzenden Lazarenko ihr hervorragendes Ergebnis im Gebiet Dnipropetrovs'k (35%). Das Tandem Surkis-Medvedčuk hat für die SDPU(o) 31% der Stimmen in Zakarpattja eingefahren. Die Ruch siegte mit Čornovil an der Spitze bei den Wahlen 1998 in L'viv mit 32%, in Rivne mit 29% und in Ivano-Frankivs'k und Ternopil' mit je 28%. Sie überzeugte nur in der Westukraine, blieb in der Ostukraine dagegen eine Marginalerscheinung. Auch die kleineren Parteien, die an der 4%-Hürde scheiterten, waren lediglich punktuell erfolgreich: die APU in Volyn', die LPU, TU und PRVU in Donec'k und die NF in Ternopil' und Ivano-Frankivs'k. Die einzige Ausnahme unter den etablierten Parteien bildet die KPU, die keine Führer-, sondern eine Programmpartei ist. Deswegen konnte sie bei den Wahlen gleich in mehreren Gebieten überragende Ergebnisse erzielen (Luhans'k 45%, ARK 39%, Mykolajiv 38%, Donec'k 35%, Charkiv 35%, Cherson 34%, Zaporižžja 32%, Černihiv 30%, Odesa 28%). Dennoch ist die KPU vor allem in der Ost- und Südukraine verwurzelt. In den westlichen Gebieten lag sie weit abgeschlagen zwischen drei und vier Prozent der Stimmen.

Dem Großteil der Parteien fehlt die Basis. Sie sind nicht mehr als eine Gruppe von Aktivisten, die vorwiegend in Kiev konzentriert sind. So entstand das Phänomen einer "Hauptstadtpartei", die fast ausschließlich aus Kiever Intellektuellen besteht und in der Provinz kaum bekannt ist. Eine Partei auf tönernen Füßen, ohne Basis, oft ohne eigene Regionalorganisationen, nur mit einigen Hundert oder gar Dutzend Sympathisanten ist in der Ukraine keine Seltenheit. Parteien werden immer seltener "von unten", von der Basis her,

sondern immer öfter "von oben", von einem Organisationskomitee gegründet, das später zur Parteiführung avanciert. Oft gründen prominente Politiker, Geschäftsleute (manchmal auch einfach extravagante Persönlichkeiten) oder auch Parlamentsfraktionen "eigene" Parteien.

Es war schon im Vorfeld klar, daß die Präsidentschaftswahlen 1999 einen tieferen Einschnitt in die Parteienlandschaft bedeuten würden als die Parlamentswahlen 1998. Obwohl die Parteien als solche nicht zur Wahl standen, brachten sie sich trotzdem in Position: Es wurden Parteitage abgehalten (allein in der "heißen Phase" der Kandidatenaufstellung im Mai-Juni 1999 fanden über 20 Parteitage statt), Präsidentschaftskandidaten nominiert und Strategien festgelegt. Die Wasserscheide zwischen den Parteien verlief in der Hauptfrage der Unterstützung des einen oder anderen Kandidaten, aber vor allem des wichtigsten unter ihnen – des Präsidenten Kučma. Einige Parteien stellten eigene Kandidaten auf, andere bildeten Blöcke und Koalitionen, um einen gemeinsamen Kandidaten zu unterstützen.

Jede der vier linken Parteien schickte ihren Kandidaten ins Rennen: die KPU Petro Symonenko, die SPU Oleksandr Moroz, die PSPU Natalija Vitrenko, und die SelPU nominierte Oleksandr Tkačenko. Die Zentristen sind seit Jahren gespalten: Einige größere (die SDPU(o) und die NDPU) sowie etliche kleinere Parteien unterstützten Leonid Kučma. Diese bunte Wahlkoalition bestand zunächst aus 12 (Sommer 1999) und später aus 24 Parteien. Ein Teil der Nationaldemokraten (Rechtszentristen) sowie einige zentristische Parteien (die Ruch-U, die PRP, Teile der DPU) setzten auf Hennadij Udovenko. Ein anderer Teil (die Ruch-K, die VP) favorisierte Jurij Kostenko. Die vier sozialdemokratischen Parteien waren wie üblich zerstritten: Die oben erwähnte SDPU(o) unterstützte Kučma, die SDPU setzte auf Moroz, die USDP favorisierte ihren Vorsitzenden Onopenko und die SDS Expremier Marčuk. Die Rechten setzten ebenfalls auf Marčuk, den der bunte Wahlblock "Unser Präsident – Jevhen Marčuk", bestehend aus einigen kleineren rechtszentristischen, christlichen und sozialdemokratischen Parteien (SDS, URP, UselDP und CNS), als Kandidaten aufstellte.

1.3 Macht der Parteien oder "Partei der Macht"

Da die realen Machthebel in den Händen des Präsidenten, seiner Administration und des RNBOU sowie bei der Exekutive liegen, spielen Parteien im politischen System der Ukraine nach wie vor eine untergeordnete Rolle. Im Unterschied zu Westeuropa, wo traditionell die stärkste Partei das Vorrecht hat, im Alleingang oder in Koalitionen die Regierung zu bilden, spielen die Parlamentswahlergebnisse in der Ukraine bei der Bildung der Exekutive praktisch keine Rolle. Für die Zusammensetzung des Kabinetts sind nicht das politische Gewicht einer Partei und die von ihr erzielten Wahlergebnisse oder ihr Programm, sondern allein der Präsidentenwille entscheidend. Das Parlament kann laut Verfassung bei der Ernennung eines Premierministers nicht aktiv werden (die Initiative liegt beim Präsidenten; die VR kann ihn nur bestätigen oder ablehnen; die Bildung des Kabinetts findet ohne Beteiligung der VR statt).

Im politischen System der Ukraine erlangen Parteien die notwendige Legitimation für ihre Machtbeteiligung nicht über Wahlen, sondern werden "von oben" (vom Präsidenten) in die Machtpositionen gehievt. Den treuesten und loyalsten unter ihnen wird dann ein Stück des Machtkuchens zugestanden. So ist es nicht verwunderlich, daß eine Partei (die NDPU)

zweieinhalb Jahre den Premierminister stellte, obwohl sie nur 5% der Stimmen bei den Parlamentswahlen bekam – schwer vorstellbar in einer westlichen Demokratie. Die Tatsache, daß Pustovojtenko am 14. Dezember 1999 durch das Parlament nicht bestätigt, aber sein Nachfolger Juščenko am 22. Dezember mit großer Mehrheit gewählt wurde, obwohl er der gleichen Partei angehört, spricht dafür, daß nicht die Parteizugehörigkeit, sondern die Person des jeweiligen Politikers ausschlaggebend ist. Selbst die NDPU, die jahrelang Bestandteil von Kučmas Machtsystem war, beeinflußte die Exekutive nur begrenzt und indirekt. Sie war die "Partei der Macht" von Präsidentengnade.

Die Schwäche der Parteien und ihre mangelnde Popularität bei der Bevölkerung stehen auch damit im Zusammenhang, daß der Präsident keiner Partei abgehört. Eine engere Bindung an eine Partei hätte sich bei den Präsidentschaftswahlen für Kučma womöglich nachteilig ausgewirkt. Seine schärfsten Rivalen, die Führer von drei linken Parteien (Symonenko von der KPU, Moroz von der SPU und Vitrenko von der PSPU), wurden dagegen zu stark nur mit einer Partei identifiziert, was ihrer Popularität nicht förderlich war. Im Gegensatz dazu wurde Kučma mit keiner politischen Partei identifiziert. Die Überparteilichkeit des Präsidenten machte ihn für breite Schichten der Bevölkerung (auch für Teile der linksorientierten Bürger) wählbar. Daß sich der Präsident von den Parteien distanziert, um seine "Überparteilichkeit" zu demonstrieren, wirkt auf die Parteienlandschaft nicht fördernd. Da der Präsident keiner Partei angehört, kann er sich auf verschiedene Kräfte stützen: Die Parteien, die dem Präsidenten nahestehen, befinden sich im Wettlauf um seine Gunst und um den Einfluß auf ihn.

Der Präsident geht auf Distanz zu allen Parteien, die nicht von ihm nahestehenden Gruppierungen gebildet wurden. In der Amtszeit Kučmas haben sich Clans und Holdings als politische Akteure etabliert, die eigene Parteien als Instrumente der legalen Einflußnahme gründeten oder schon existierende Parteien "übernahmen". Ihre Parteiführer gelangen zwar an die Macht, sind aber nicht durch das Wählervotum abgesichert, sondern vom Wohlwollen des Präsidenten abhängig. Ein Deal hinter den Kulissen zwischen der Parteiführung und der Präsidialadministration hat mancher Partei den schnellen Wechsel von der Oppositionsbank in die Regierung ermöglicht (Beispiel: Julija Tymošenko und ihre Partei "Vaterland").

Für die ukrainischen Parteien ist nicht die klassische westeuropäische Teilung in links und rechts, sozialistisch (sozialdemokratisch) und konservativ (nationaldemokratisch bis nationalistisch) ausschlaggebend, sondern ihre Haltung gegenüber dem Präsidenten. Sie ist nicht immer deckungsgleich mit der Einstellung der Partei in der Frage der Reformen. Nicht von allen reformorientierten Parteien wird Kučma bedingungslos als Reformer angesehen: Ein Teil der Nationaldemokraten steht dem Präsidenten loyal gegenüber, die anderen lehnen seine Politik strikt ab. Es gibt auch eine Reihe linker oder linkszentristischer Parteien, die den Präsidenten unterstützen, während die anderen in Opposition zu seinem Kurs stehen. Auch in der politischen Mitte, z.B. unter den vier sozialdemokratischen Parteien, gibt es keine Eintracht. Die programmatischen Übereinstimmungen bedeuten nicht automatisch eine ähnliche Haltung in praktischen Fragen.

Da Parteien – von wenigen Ausnahmen abgesehen – noch keine unabhängigen Akteure im politischen Prozeß sind, fällt der sogenannten "Partei der Macht" im ukrainischen

Staatsgefüge eine entscheidende Rolle zu. Mit diesem Begriff wird die Symbiose zwischen Staatsbürokratie und Wirtschaftsclans bezeichnet. Die "Partei der Macht" ist im engeren Umfeld Kučmas angesiedelt und gehört zum inneren Machtkreis. Sie setzt sich aus unterschiedlichen Kräften und Gruppierungen zusammen, die oft miteinander um den Einfluß auf den Präsidenten wetteifern. Das einzige, was sie vereinigt, ist ihre Loyalität gegenüber dem Präsidenten. Mit der Wandlung einer politischen Partei zur "Partei der Macht" gewinnt sie an politischem Einfluß. Oft findet der umgekehrte Prozeß statt: Die "Partei der Macht" nimmt auf Initiative von Machtstrukturen (z.B. der Präsidialadministration) oder präsidentennahen Clangruppierungen die Gestalt einer politischen Partei an.

In den ersten Jahren der Präsidentschaft Kučmas galt die NDPU als alleinige "Partei der Macht". Seit den Parlamentswahlen 1998 macht die SDPU(o) ihr erfolgreich Konkurrenz, was den Platz unter der "Präsidentensonne" angeht. Nach den Präsidentschaftswahlen 1999 gesellten sich zwei weitere Parteien hinzu: die DS und die TPU. Nach Ansicht einiger ukrainischer Beobachter ist die NDPU "ehemalige", die SDPU(o) "gegenwärtige" und die DS "künftige" "Partei der Macht". Die NDPU vereinigt Vertreter des Staatsapparats und der Bürokratie sowie Direktoren von Staatsbetrieben. Die SDPU(o) wurde von der Unternehmensgruppe Surkis-Medvedčuk 1998 "übernommen" und zu einer politisch-wirtschaftlichen "Holding" ausgebaut, die den Präsidenten finanziell unterstützt. Die DS und TPU werden von den Energie- und Gasbaronen getragen.

Verschiedene Clans, Interessengruppen und "Holdings", die in der ersten Amtszeit Kučmas mit Hilfe seiner Administration entstanden sind, dringen immer massiver in die Politik ein. Vor den Parlamentswahlen 1998 entdeckten Unternehmergruppierungen, die über große materielle, finanzielle und Informationsmittel verfügen, Parteien als Mittel für sich: Gleich mehrere Clans und Dutzende von Unternehmern zogen ins Parlament ein und bildeten dort die "fünfte Kolonne" des Präsidenten. Ein Teil von ihnen stand ganz oben auf den Wahllisten (z.B. PZU, SDPU(o) oder VOH), da mit ihrem Geld die Wahlkampagnen mitfinanziert wurden. Andere eroberten das VR-Mandat im Alleingang dank ihrer Finanzstärke.

Unter den Geschäftsleuten in der VR sind vor allem die sogenannten Oligarchen von Bedeutung, die aufgrund ihrer besonderen Nähe zum Präsidenten ganze Wirtschaftszweige kontrollieren. Die Unternehmerclans aus der Energie-, Medien-, Banken-, Erdöl- und Erdgasbranche konnten sich in der ukrainischen Politik etablieren, um auf diese Weise die Durchsetzung ihrer Interessen zu legalisieren. Im wesentlichen handelt es sich dabei um drei einflußreiche Oligarchengruppen: Medvedčuk-Surkis (SDPU(o)), Volkov-Bakaj (DS) und Pinčuk-Derkač-Šarov (TPU). Von ihnen erhielt Kučma finanzielle, organisatorisch-technische und ideologische Unterstützung während des Wahlkampfs 1999.

Auf der Liste der einflußreichsten "Oligarchen"[6] stehen:

---

[6] Aufgestellt vom Institut für Politik, Direktor Mykola Tomenko, in: Pravda Ukrainy, 9.4.1999, S. 1.

1. Ihor Bakaj, Präsident der Nationalen Aktiengesellschaft "Naftahaz Ukrajiny" (abgesetzt im März 2000), hat Einfluß auf die Abgeordnetengruppe "Für die Wiedergeburt der Regionen", kontrolliert den Fernsehkanal ICTV und die Zeitung "Segodnja".
2. Oleksandr Volkov, Parlamentsabgeordneter, Stellvertretender Vorsitzender des Koordinationsrats für innenpolitische Fragen beim Präsidenten, führt die Parlamentsgruppe "Die Wiedergeburt der Regionen", hat Einfluß in der APU, einem Teil der DPU und in der PRVU, kontolliert die Fernsehkanäle UT-1 und "1+1" sowie den Radiosender "Europa+".
3. Viktor Pinčuk, Parlamentsabgeordneter, kontrolliert den 11. Fernsehkanal in Dnipropetrovs'k und die Zeitung "Fakty i kommentarii" sowie die Abgeordnetengruppe der TPU.
4. Vadym Rabinovyč, Präsident des Allukrainischen Jüdischen Kongresses und der Vereinigten Jüdischen Gemeinde, Präsident der Holding "R.C.Group", kontrolliert einen Teil der PZU-Fraktion, die Fernsehkanäle "Era" und NTU, die Radiosender "Super-Nova" und "Era" (UR-1), die Nachrichtenagentur "UNIAR", die Zeitungen "Stoličnyje novosti" und "Delovaja nedelja".
5. Hryhorij Surkis, Parlamentsabgeordneter, Präsident des Fußballclubs "Dynamo Kiev", kann sich auf die SDPU(o) und ihre Fraktion, den Fernsehkanal "Inter", die Zeitungen "Bysnes" und "Kievskie vedomosti" stützen.
6. Pavlo Lazarenko, Parlamentsabgeordneter, Vorsitzender der Partei VOH.[7]

2. Zu den wichtigsten Parteien

2.1 Linke

KPU, Parteivorsitzender: Petro Symonenko, etwa 140.000 Mitglieder,
Parteizeitung: "Komunist"

Die KPU unter Führung von Symonenko bleibt eine nicht reformierte Partei mit alten Strukturen und alter Ideologie. Sie versteht sich weiterhin als marxistisch-leninistische Partei, die auf Positionen des "proletarischen Internationalismus" und der "Völkerfreundschaft" steht. Weitere grundlegende Programmpunkte der KPU sind: Wiedergeburt der Sowjetmacht und Bildung einer Union der Brudervölker der souveränen GUS-Staaten. In der Innenpolitik lehnt die Partei das Privateigentum an Grund und Boden ab, befürwortet die staatliche Planwirtschaft und tritt gegen die Privatisierung von Staatsbetrieben ein. In der Wiederherstellung des Sowjetsystems und der Rückkehr zum sozialistischen Weg sieht sie die politische Zukunft des Landes. Die russische Sprache soll zur Staatssprache neben dem Ukrainischen aufgewertet werden. In der Außenpolitik ist die KPU ebenfalls Rußland-orientiert: Sie favorisiert die Annäherung der Ukraine an die Union Rußland–Belarus und kritisiert die NATO-Osterweiterung sowie die prowestliche Außenpolitik Kučmas. Zum

[7] Lazarenko ist Exoligarch, da er sein ganzes Imperium verloren hat, sitzt z.Z. in Abschiebehaft in den USA.

Präsidenten und seinen Reformen steht sie deswegen in "unversöhnlicher" Opposition. Der KPU-Vorsitzende Symonenko wird oft als "Betonkommunist" und treuer "Parteisoldat" bezeichnet. In der Tat steht er mit der gesamten Parteiführung der Reformierung und Modernisierung der KPU ablehnend gegenüber. Die KPU bleibt nach wie vor nicht nur die größte, am besten organisierte und disziplinierteste linke Partei mit alten Strukturen und Kadern, sondern auch die stärkste politische Einzelkraft.

Im März 2000 kam es zur Spaltung in der Jugendorganisation der Kommunisten, im Komsomol: Vom Leninschen Kommunistischen Jugendverband der Ukraine (LKSMU) spaltete sich der Ukrainische Kommunistische Jugendverband (UKSM) ab. Die Führer der neuen Komsomolzen warfen der KPU-Führung vor, auf eine kardinale Parteierneuerung und die Ausarbeitung einer neuen Ideologie verzichtet zu haben. Der UKSM befürwortet den "Klassenkampf" auf evolutionärem Weg, tritt für die Gleichheit aller Nationen ein – die Souveränität der Ukraine ist aber das wichtigste Ziel. Die Jungkommunisten wollen nicht nur die Bevormundung durch die "älteren Genossen" abschütteln, sondern auch die KPU durch Reformen regierungsfähig machen. Zwar ist die KPU noch nicht gespalten, da der neue Jugendverband formal weiterhin in der Partei bleibt, aber die Parteiführung muß jetzt Farbe bekennen und auf die Erneuerungsversuche reagieren. Die Drohung des UKSM, eine alternative Partei zu gründen, falls die Reformierung scheitert, ist ernst gemeint.[8]

SPU, Parteivorsitzender: Oleksandr Moroz, etwa 30.000 Mitglieder,
Parteizeitung: "Tovariš" (Genosse)

Im Unterschied zu Rußland, wo sich neben der KP keine relevante sozialistische Partei etablieren konnte, existiert in der Ukraine die SPU, die gemäßigt linke Positionen einnimmt. Während die KPU auf ihren alten Positionen beharrt und sich als Bewahrerin des kommunistischen Erbes sieht, versucht die SPU-Führung unter Moroz vorsichtig eine Evolution in Richtung Zentrum (Sozialdemokratie). Die SPU profiliert sich zunehmend als klassische postkommunistische Partei, die zwar aus der KPU hervorging, aber jetzt reformorientiert ist. Deutlicher als die KPU bekennt sich die SPU zur ukrainischen Staatlichkeit und Unabhängigkeit. Im Unterschied zu den Kommunisten steht für Moroz nicht die politische, sondern vor allem die wirtschaftliche Annäherung an Rußland im Vordergrund. Die SPU erkennt die Vielfalt von Eigentumsformen an und lehnt die Privatisierung nicht radikal ab. Die Losung der Partei lautet "Nicht zurück zum Sozialismus, sondern vorwärts zum Sozialismus".

Obwohl wesentlich kleiner als die KPU, spielte die SPU in den vergangenen Jahren eine bedeutende Rolle im Parlament. Da sie in Fragen der Innen- und Außenpolitik moderate Standpunkte vertrat und dem Präsidenten nicht so "unversöhnlich" gegenüberstand wie die KPU, gelang es ihr, 1994-1998 nicht nur den VR-Vorsitzenden zu stellen, sondern auch in der Exekutive präsent zu sein. Bei den Präsidentschaftswahlen 1994 unterstützte sie Kučma maßgeblich: Vor dem zweiten Wahlgang rief Moroz die Wähler dazu auf, für Kučma und

---

8 Kievskie vedomosti, 11.3.2000, S. 2.

gegen den damaligen Präsidenten Kravčuk zu votieren, was für den Wahlausgang ausschlaggebend war.

Bei den Parlamentswahlen 1998 bildete die SPU zusammen mit der SelPU den Wahlblock ZPNU ("Für die Wahrheit, für das Volk, für die Ukraine!") und zog in die VR in Fraktionsstärke ein. Da der moderate Linkszentrist Moroz als gefährlichster Rivale für die Wiederwahl Kučmas galt, versuchte der Präsident, ihn rechtzeitig zu stoppen: 1998 wurde Moroz als VR-Vorsitzender nicht wiedergewählt, was seine Chancen bei den Präsidentschaftswahlen radikal schmälerte. Nach der Niederlage von Moroz bei den Präsidentschaftswahlen 1999 verschärften sich Konflikte in der SPU-Führung, geschürt durch die Präsidialadministration. Am 19. Februar 2000 schloß der Politische Rat der SPU mit 63 Ja-Stimmen, 11 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen acht führende Parteimitglieder aus, die am 22. Januar 2000 eine "Sozialistische Plattform" in der SPU gebildet hatten. Diese wollte "das Abdriften der SPU nach rechts nicht zuzulassen" und der Umwandlung der SPU in eine bürgerliche Partei entgegenwirken, die Geschäftsleuten als Sprungbrett fürs Parlament dient.[9] Ausgeschlossen wurden die VR-Abgeordneten Ivan Čyž, Serhij Kijaško und Mykola Lavrynenko, die sich gegen Moroz für mehr innerparteiliche Demokratie eingesetzt hatten. Sie übten Kritik an Moroz, der die Fähigkeit verloren habe, die Wahlniederlage nüchtern zu analysieren. Außerdem wurde ihm vorgeworfen, daß er seine persönlichen Ambitionen über die Interessen der Partei stellte. Die Oppositionellen wollen eine vereinigte linkszentristische Partei gründen, die auf ukrainischer Staatlichkeit basiert und die Interessen der Werktätigen im Auge behält.[10]

Am 28. Februar 2000 unterzeichneten Moroz und Viktor Musijaka (VU, seit Februar 1999 als Partei registriert) eine Kooperationsvereinbarung bis zum Jahr 2003, die unter anderem eine verstärkte Zusammenarbeit bei der "Propagierung und Vertiefung der Ideen und Prinzipien des demokratischen Sozialismus und der sozialen Demokratie" vorsieht. Bei den Parlamentswahlen 2002 wollen beide Parteien eine linkszentristische Koalition bilden. In diesem Memorandum, dem sich die SDPU von Buzduhan, die PP von Landyk und die gesellschaftlich-politische Vereinigung "Wir" anschlossen, werden Prinzipien der Verfassungsmäßigkeit, Demokratie und des Parlamentarismus hervorgehoben.[11]

SelPU, Parteivorsitzender: Serhij Dovhan', etwa 90.000 Mitglieder,
Parteizeitung: "Sil'ski visti" (Dorfnachrichten)

Die SelPU als Partei der Kolchos- und Sowchosdirektoren steht programmatisch zwischen der KPU und der SPU. Sie tritt gegen die Privatisierung von Grund und Boden, für Renationalisierung bereits privatisierter Betriebe und für die staatliche Preisregulierung ein. In der Außenpolitik ist sie prorussisch und proslawisch orientiert und kritisiert den Westkurs Kučmas.

---

[9] Nezavisimost', 14.12.1999, S. 2.

[10] Nezavisimost', 22.2.2000, S. 2.

[11] Pravda Ukrainy, 1.3.2000, S. 2.

Die Partei hat ihre Anhängerschaft hauptsächlich auf dem Land und bemüht sich um einen stärkeren Partner. Mit ambitionierten Politikern an der Spitze, dem Vorsitzenden Dovhan', insbesondere aber dessen Stellvertreter Tkačenko, fährt die Partei einen Schlingerkurs und wechselt oft ihre Mitstreiter: Bei den Parlamentswahlen 1998 ging sie noch zusammen mit der SPU in einem Wahlblock, der Platz drei belegte (hinter der KPU und der Ruch). Nach der Wahl Tkačenkos zum VR-Vorsitzenden brach die SelPU mit der SPU und bildete im Parlament eine eigene Fraktion. Im Präsidentschaftswahlkampf 1999 lehnte die SelPU zunächst eine Koalition mit anderen Linken ab und stellte Tkačenko als ihren Kandidaten auf. Nach der Bildung der Koalition "Die Kaniver Vier" (Moroz, Marčuk, Tkačenko und Olijnyk) neigte Tkačenko zunächst dazu, Moroz als den gemeinsamen Kandidaten zu unterstützen. Mit dem Zerfall der "Kaniver Vier" wechselte er aber überraschend zum KPU-Chef Symonenko. Die Niederlage Symonenkos bedeutete auch für Tkačenko den Anfang vom Ende seiner politischen Karriere: Im Januar 2000 enthob die neugebildete Mehrheit in der VR Tkačenko seines Amts als Parlamentsvorsitzender.

PSPU, Parteivorsitzende: Natalija Vitrenko, etwa 7.000 Mitglieder,
Parteizeitung: "Dosvitni vohni" (Morgenlichter)

Die vierte linke Partei steht rhetorisch am äußerst linken Rand. Die Parteivorsitzende greift andere linke Parteien aufs schärfste an und beschuldigt sie des "Revisionismus" und "Renegatentums". Die KPU sei die "Partei von Opportunisten, die den Marxismus und die Oktoberrevolution" verraten hätten.[12] Die SPU steht laut Vitrenko schon längst auf "bourgeoisen" Positionen. Die PSPU übertrifft andere linke Parteien an Populismus bei weitem, so daß es Gerüchte über eine Verbindung der Parteiführung mit der Präsidialadministration gibt, in deren Interesse es liegt, die gesamte linke Bewegung zu diskreditieren. Deswegen wird die Abkürzung PSPU von ukrainischen Journalisten gelegentlich als "Partija sodeijstvija prezidentu Ukrajiny" (Partei zur Unterstützung des Präsidenten der Ukraine) gelesen. Die Linken selbst sehen in Natalija Vitrenko und ihrer Partei ein "trojanisches Pferd". Trotz verbaler Attacken auf den Präsidenten unterstützte die PSPU-Fraktion bei vielen Abstimmungen im Parlament seine Politik: Am 13. Oktober 1998 votierte sie als einzige linke Partei gegen den Rücktritt der Regierung von Pustovojtenko und rettete sie damit.

Ein Hang zum Populismus ist zwar für alle vier linke Parteien bezeichnend, steigert sich aber von der SPU über die KPU zur SelPU und erreicht bei der PSPU eine ganz neue Qualität. Die extravagante Parteivorsitzende Vitrenko drohte ihren politischen Gegnern, im Fall ihrer Wahl zur Präsidentin, diese in die "Uranbergwerke" zu verbannen. Während des Kosovo-Kriegs schürte die PSPU antiwestliche Stimmungen im Land. Sie schlug vor, den atomwaffenfreien Status der Ukraine aufzuheben, um das "Atomschwert der Slawen" wiederherzustellen und "im Fall einer fortgesetzten Aggression gegen Jugoslawien dem Brudervolk militärische Hilfe zu leisten".[13] Den Feind Nummer eins der ukrainischen Unabhängigkeit sieht die PSPU in den internationalen Finanzorganisationen: im IWF und in der Weltbank, die die Ukraine "versklaven" wollen. Die Zusammenarbeit mit diesen Institutionen sollte möglichst schnell eingestellt werden.

Im Parlament verlor die PSPU-Fraktion in zwei Jahren fast die Hälfte ihrer Mitglieder und wurde im Februar 2000 aufgelöst. Bei den Präsidentschaftswahlen trat Vitrenko vehement gegen einen gemeinsamen Kandidaten der linken Kräfte auf: Die KPU, SPU und SelPU kämpften lediglich für eine Revanche der Nomenklatura, nicht aber für die Übergabe der ganzen Macht an die Werktätigen.[14]

2.2 Zentrum

SDPU(o), Parteivorsitzender: Viktor Medvedčuk, etwa 80.000 Mitglieder,
Parteizeitung: "Alternativa"

---

[12] Kievskie vedomosti, 7.11.1998, S. 6.
[13] Den', 17.4.1999, S. 2.
[14] Fakty i kommentarii, 14.4.1999, S. 4.

Nach den Parlamentswahlen 1998 brach in der Führung der SDPU(o) ein Richtungsstreit aus, der zu radikalen Veränderungen führte. Der damalige Parteivorsitzende Volodymyr Onopenko wollte nicht weiter zusehen, wie die Partei auf bürgerliche Positionen "abrutscht" und "die Interessen der 'Großbourgeoisie' zu verteidigen" beginnt. Er kritisierte auch die Fraktion, die ihr "ideologisches Gesicht" zu oft vermissen lasse.[15] Nach dieser Kritik wurde er Anfang Oktober 1998 aus der SDPU(o) ausgeschlossen. Daraufhin gründete er eine dritte sozialdemokratische Partei, die USDP. Zum neuen SDPU(o)-Führer wurde der damalige Vizevorsitzende der VR, Viktor Medvedčuk, gewählt. Sein Erster Stellvertreter wurde Oleksandr Zinčenko.[16] Mit dem Führungswechsel vollzog die SDPU(o) nicht nur einen Politikwechsel, sie veränderte sich auch radikal: Sie begann Ende 1998, sich dem Präsidenten und seiner Administration anzunähern und sich rasch zu einer neuen "Partei der Macht" zu entwickeln.

Mit dem Ausschluß Onopenkos wurde die Partei von der Gruppe Surkis-Medvedčuk übernommen und zu einer politischen Holding ausgebaut. Onopenko kommentierte dies so: Mit der Annahme des neuen Wahlgesetzes Ende 1997 hätten "Geschäftsleute", die die Partei finanziell unterstützten, begriffen, daß die Partei auch eine "Ware" sei, mit der man gut handeln könne. Die Sponsoren, denen die Ideologie ziemlich gleichgültig sei, wollten nur ein "politisches Dach" haben.[17]

Auf dem XIII. Parteitag der SDPU(o) Ende Dezember 1998, der den Erfolg des Tandems Medvedčuk-Surkis zementierte,[18] setzte sich die Parteiführung gegen die Basis durch, die den parteilosen Expremier Marčuk als Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen nominieren wollte. Im April 1999 erklärte der Führer der SDPU(o), Viktor Medvedčuk, daß seine Partei Kučma unterstützen wird.

Die SDPU(o) ist eine einmalige Erscheinung in der bunten Parteienlandschaft des Landes. In keiner anderen Partei sind politische und geschäftliche Interessen so eng miteinander verflochten, sind die Grenzen zwischen Politik und Wirtschaft, Politik und Sport, Politik und Medien so verwischt wie in dieser Partei. Zum SDPU(o)-Imperium gehören der Konzern "Slavutyč", die "Ukrainische Kreditbank", die AG "Dynamo Kiev", die Radio- und Fernsehanstalt "Inter" u.a.[19] Die Parteiführung kooperiert eng mit der Exekutive und verfolgt dabei eigene Geschäftsinteressen. Der Parteivorsitzende Medvedčuk, der auch Präsident des Anwaltsverbands der Ukraine ist, gehört zu den reichsten Bürgern der Ukraine mit einem offiziell deklarierten Jahreseinkommen für 1998 in Höhe von 1,4 Mio. Hryvna (nach damaligem Umrechnungskurs etwa 400.000 US-$).[20] Hryhorij Surkis, Präsident des finanz-industriellen Konzerns "Slavutyč" (größter Bierproduzent im Land) und des Fußballklubs

---

[15] Kievskie vedomosti, 12.8.1998, S. 7.

[16] Holos Ukrajiny, 6.10.1998, S. 2.

[17] Kievskie vedomosti, 3.10.1998, S. 7.

[18] Holos Ukrajiny, 29.12.1998, S. 2.

[19] Den', 20.4.1999, S. 4.

[20] Fakty i kommentarii, 22.4.1999, S. 4.

"Dynamo Kiev", ist seit Dezember 1997 auch Vorsitzender der Kiever Basisorganisation der Partei.

Das Tandem Surkis-Medvedčuk krempelte die Partei um. Die Region Zakarpattja wurde zu einer festen Bastion der SDPU(o) ausgebaut. Die Popularität des Fußballklubs "Dynamo", der nicht nur ukrainischer Meister, sondern auch international erfolgreich ist, versucht die Parteiführung mit geschickter PR-Reklame auf die SDPU(o) zu übertragen. Berühmte Fußballspieler (z.B. Ševčenko oder Rebrov, die fast Nationalhelden sind) wurden in die Wahlkampagne 1999 eingespannt und haben für die Partei und den Präsidenten Kučma Werbung gemacht. Die ganze Mannschaft von "Dynamo" trat geschlossen der SDPU(o) bei, worüber die Staatsmedien ausgiebig berichteten.

Nach der Wiederwahl Kučmas im November 1999 weitete die SDPU(o) ihren Einfluß sowohl in der VR und als auch in der Regierung aus. Im Januar 2000 organisierte sie zusammen mit anderen zentristischen und rechtszentristischen Fraktionen einen Umsturz in der VR, nach dem Medvedčuk zum Ersten Vizevorsitzenden der VR aufstieg. Inoffiziell ist der Taktiker Medvedčuk, dem auch Ambitionen auf das Präsidentenamt 2004 nachgesagt werden, die Nummer eins in der Legislative. Er zog die Fäden im Hintergrund, während der Expräsident der Ukraine und eines der führenden SDPU(o)-Mitglieder, Leonid Kravčuk, zum formellen Sprecher der parlamentarischen Mehrheit wurde. In der neuen Regierung von Juščenko stellt die SDPU(o) einige Minister.

VOH (Hromada), Parteivorsitzender: Pavlo Lazarenko,
Parteizeitung: "Novoe vremja" (Neue Zeit)

Das Beispiel der VOH zeigt, wie kurzlebig der politische Erfolg und sogar die Existenz einer Partei sein können. Die bei den Parlamentswahlen 1998 noch erfolgreiche Partei, die eine eigene Fraktion in der VR bildete, den Vorsitz in mehreren Parlamentskomitees innehatte und mit Lazarenko einen aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten aufstellte, verlor schon einige Monate später ihr ganzes Potential und zerfiel schließlich. Die Krise der VOH begann mit der Verhaftung von Lazarenko am 2. Dezember 1998 in der Schweiz wegen des Verdachts der Geldwäsche. Kurze Zeit danach zeigte die bis dahin nur auf die Person Lazarenkos fixierte VOH erste Risse: Am 20. Januar 1999 traten Julija Tymošenko und Oleksandr Turčynov aus Protest gegen die Auflösung des "Schattenkabinetts" der Partei, wo sie als "Premierministerin" bzw. als "Wirtschaftsminister" fungierten, von ihren Posten als Stellvertreter zurück. Sie kritisierten außerdem, daß der Partei und Fraktion eine deutliche Linie fehle und beschuldigten Lazarenko, daß er seine privaten Interessen über die Interessen der Partei stelle. Im Gegenzug bezichtigte Lazarenko sie der Anbiederung an Präsident Kučma.

Nach der Freilassung Lazarenkos gegen eine Kaution (4 Mio. Schweizer Franken) und seiner Rückkehr in die Ukraine fand Ende Januar 1999 der VI. Parteitag der VOH statt, der ihn mit 258 Stimmen von 261 Delegierten zum Kandidaten für das Präsidentenamt nominierte.[21]

[21] Den', 23.1.1999, S. 1.

Aber schon am 17. Februar 1999 hob das Parlament mit 310 Stimmen (39 Nein-Stimmen, 15 Enthaltungen) auf Antrag des Generalstaatsanwalts die Abgeordnetenimmunität Lazarenkos auf und machte damit den Weg für seine Verhaftung frei. Zwei Tage davor verließ Lazarenko die Ukraine und wurde am 19. Februar 1999 bei der Einreise in die USA festgenommen, wo er um politisches Asyl bat. Die ukrainischen Behörden beantragten die Auslieferung Lazarenkos bei den USA. Diese Ereignisse hatten für die Partei fatale Folgen.

VOB (Vaterland), Parteivorsitzende: Julija Tymošenko, etwa 10.000 Mitglieder

Mit dem Abtreten Lazarenkos von der politischen Bühne verlor die VOH rasch an Einfluß und Bedeutung. Die prominentesten Politiker der VOH distanzierten sich immer mehr von der Partei, die in ihrer Mehrheit ihrem Vorsitzenden Lazarenko weiterhin die Treue hielt. Ende Mai 1999 traten Julija Tymošenko, Oleksandr Turčynov und ihre Anhänger aus der VOH und ihrer Fraktion aus. Sie warfen dem VOH-Vorsitzenden Lazarenko vor, die Partei in eine "Clangruppierung, eine private Struktur verwandelt zu haben, die dem Führer Dividenden bringt und seinen persönlichen Ambitionen dient". In der Partei herrsche Voluntarismus, Andersdenkende und Initiative würden unterdrückt.[22]

Kurz darauf gründeten sie eine eigene Parlamentsfraktion "Bat'kyvščyna" (Vaterland). Diese Fraktion wurde zur Keimzelle einer neuen Partei mit demselben Namen. Zur Parteivorsitzenden wurde Julija Tymošenko gewählt, die "Kronprinzessin" der VOH und einst engste Vertraute von Lazarenko. Damit wurde zum ersten Mal eine Partei von "oben", aus der Parlamentsfraktion heraus, gegründet. Später entstanden auf diese Weise die DS und die TPU.

Die neue Partei vollzog einen radikalen Politikwechsel im Vergleich zur Mutterpartei. Sie gab ihre oppositionelle Haltung gegenüber dem Präsidenten auf und suchte eine Annäherung an die Präsidialstrukturen. Im Präsidentschaftswahlkampf 1999 bezog "Vaterland" eine neutrale Position. Die Partei verzichtete sowohl auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten als auch auf die Unterstützung der Rivalen Kučmas. Diese passive Taktik wurde nach den Wahlen belohnt: Im Januar 2000 ernannte der wiedergewählte Kučma Tymošenko, die damals das Budgetkomitee der VR leitete, zur Vizeregierungschefin im Kabinett Juščenko.

Der II. Parteitag bestätigte am 18. Dezember 1999 Julija Tymošenko als Parteivorsitzende. Die Partei bekräftigte ihren Verzicht auf oppositionelle Haltung gegenüber dem Präsidenten und trat für die Stärkung der Präsidialmacht ein. Die VR sei zu einem chaotischen Haufen von Menschen geworden, die vergessen haben, wofür sie gewählt wurden.[23] Mit der Formel: "Wir werden nicht danach suchen, wer an der entstandenen Situation die Schuld trägt, sondern darüber nachdenken, was zu tun ist", stellte die Partei dem Präsidenten einen Freibrief für alle seinen früheren Verfehlungen aus. Im Parlament arbeitet die Parteifraktion mit der UNR-Fraktion eng zusammen.

DS, Parteivorsitzender: Oleh Rafal's'kyj

Die DS wurde im Mai 1999 auf der Basis der Fraktion "Die Wiedergeburt der Regionen" gegründet. Die Partei erklärte eine Kombination aus sozialdemokratischen und liberalen Ideen – den "sozialen Liberalismus" – zu ihrer ideologischen Grundlage. Die DS, die mit der gleichnamigen rußländischen Partei von Valerija Novodvorskaja nichts zu tun hat, bekennt sich zu Demokratie, Liberalismus und Marktwirtschaft.

---

[22] Večernie vesti, 3.6.1999, S. 1.

[23] Večernie vesti, 21.12.1999, S. 1-2.

Am 18. Dezember 1999 fand der II. Parteitag statt, der Oleh Rafal'skyj, Direktor des Zentrums für politische Technologien beim Institut für politische und ethnonationale Studien, wiederwählte. In die Führungsgremien der Partei wurden der Stellvertretende Sekretär des RNBOU, Zynovyj Kulyk, der damalige Vorsitzende der Nationalen Aktiengesellschaft "Naftahaz Ukrajiny", Ihor Bakaj, sowie der engste Vertraute und Berater Kučmas, Oleksandr Volkov, gewählt.[24] Sie alle waren aktive Mitglieder des Kučma-Wahlstabs 1999. Der informelle Führer der Partei, die sich "zentristisch" nennt und die Interessen des ukrainischen "Großkapitals" vertritt, ist der Parlamentsabgeordnete Oleksandr Volkov, der sowohl die Bildung der Fraktion als auch der Partei initiierte. Die Partei schmückt sich mit der Mitgliedschaft der Brüder Vitalij und Volodymyr Klyčko, in der Ukraine bekannte Boxer.

Die propräsidentische Zeitung "Fakty i kommentarii" veröffentlichte Ende 1999 das von Volkov formulierte Credo der neuen Partei. Er befürwortete die Legalisierung des "Schattenkapitals", um die politische und finanzielle Abhängigkeit des Landes von den internationalen Finanzorganisationen zu reduzieren. Statt Kredite aufzunehmen, sollte der Staat dem heimischen Kapital günstige Bedingungen für Investitionen schaffen. Volkov rechtfertigte auch den zunehmenden politischen Einfluß der Oligarchen: Es sei normal, daß Unternehmer Parteien beitreten oder selbst Parteien gründen, um eigene politische Interessen wahrzunehmen.[25]

Ihre soziale Basis sieht die DS im nationalen Unternehmertum. Sie bezeichnet sich als treue Stütze des Präsidenten, für den sie im Sommer 1999 2,2 Mio. Unterschriften sammelte. Während des Wahlkampfs überflutete die DS die Wähler mit 100 Mio. Flugblättern, Prospekten und Werbedrucksachen.[26] Die Wahlstäbe Kučmas bestanden in allen Gebieten und sogar Kreisen zu 98% aus DS-Mitgliedern. Die DS war nicht nur Initiatorin des Verfassungsreferendums im April 2000, sondern auch die treibende Kraft bei der Bildung der parlamentarischen Mehrheit in der VR im Januar-Februar 2000. Seit Januar 2000 stellt die DS mit Stepan Havryš den Stellvertretenden VR-Vorsitzenden.

Besonders eng kooperiert die DS mit der SDPU(o). Zusammen haben sie die frühere "Partei der Macht", die NDPU, abgelöst. Beide Parteien beabsichtigen, bei den Parlamentswahlen 2002 in einem gemeinsamen Wahlblock anzutreten. Als mögliche Verbündete werden die TPU und die LPU von Ščerban' betrachtet.

TPU, Parteivorsitzender: Ihor Šarov

Die TPU wurde von der Fraktion "Werktätige Ukraine" ins Leben gerufen. Diese Partei entstand – wie die DS – in kürzester Zeit buchstäblich aus dem Nichts. Gemeinsam mit der SDPU(o) und der DS wurde sie zum Motor der Revolution im Parlament im Winter 2000. Bei der Umverteilung der Macht in der VR übernahm sie einige Portefeuilles in den Parlamentskomitees. Die TPU kann man als "Zwillingsschwester" der DS bezeichnen, nicht

---

[24] Večernie vesti, 21.12.1999, S. 2.

[25] Fakty i kommentarii, 30.12.1999, S. 7.

[26] Nezavisimost', 21.12.1999, S. 1-2.

nur was die Art und Weise ihrer Entstehung betrifft, sondern auch ihre Programmatik und politische Orientierung. Die TPU unterstützte Kučma von Anfang an. Ihre Oligarchen beteiligten sich an der Finanzierung seiner Wahlkampagne.

Den Ton in der Partei gibt das Oligarchentrio Viktor Pynčuk, Andrij Derkač und Ihor Šarov an. Šarov leitete die geschlossene AG "Interhas", war auch Vertreter des Präsidenten in der VR und dessen Berater. Andrij Derkač ist der Sohn des persönlichen Freundes von Kučma, SBU-Chef Leonid Derkač. Er war Erster Gehilfe von Premierminister Pustovojtenko.

NDPU, Parteivorsitzender: Valerij Pustovojtenko, etwa 40.000 Mitglieder,
Parteizeitung: "Ukrajina i svit s'ohodni" (Ukraine und die Welt heute)

Obwohl die NDPU 1998/99 als "Partei der Macht" galt, konnte sie eine Spaltung nicht vermeiden. Zwischen der ersten Etappe des IV. Parteitags am 21.-22. November 1998 und der zweiten Etappe im Sommer 1999 entbrannte eine innerparteiliche Auseinandersetzung über die Taktik bei den Präsidentschaftswahlen und die Aufstellung eines Kandidaten. Die damalige NDPU-Führung mit Matvijenko an der Spitze distanzierte sich von der bedingungslosen Unterstützung des Präsidenten. Von den drei Varianten der Wahltaktik, die zur Debatte standen: Unterstützung von Kučma, Absage an ihn oder Aufstellung von Forderungen an den künftigen Präsidenten wurde letztere gewählt. Es wurde auch die Frage einer möglichen Koalition der zentristischen und rechtszentristischen Kräfte, vor allem aber ein gemeinsames Vorgehen mit der NRU und der PRP erörtert, um eine "Revanche der Linken nicht zuzulassen".[27]

Die Frage der Kandidatenaufstellung entzweite die Parteiführung. Der NDPU-Vorsitzende Matvijenko kritisierte immer stärker den Präsidenten und ging immer öfter auf Distanz zu ihm. Der damalige Premierminister und Vorstandsmitglied der Partei, Valerij Pustovojtenko, wandte sich gegen diese Linie und rief die Partei zu bedingungsloser Unterstützung des amtierenden Präsidenten auf. In der Partei entstanden zwei Flügel, die als demokratisch und nomenklatura-bürokratisch bezeichnet wurden.

Der Vorstand der NDPU faßte am 11. März 1999 mit elf gegen sechs Stimmen den Beschluß, bei den Präsidentschaftswahlen Kučma zu unterstützen. Premierminister Pustovojtenko, Ivan Pljušč u.a. stimmten dafür, während der NDPU-Vorsitzende Anatolij Matvijenko und sein Stellvertreter Volodymyr Fylenko u.a. dagegen votierten. Die Spaltung wurde unvermeidlich: Der Großteil der Partei mit Pustovojtenko an der Spitze unterstützte Kučma, der kleinere Teil der Kučma-Gegner mit Matvijenko an der Spitze führte Gespräche mit der Ruch-K über einen gemeinsamen Kandidaten.

Zum neuen Parteivorsitzenden wurde im Mai 1999 der damalige Premierminister Pustovojtenko gewählt. Nachdem er im Dezember 1999 zurückgetreten war, wurde die Partei mehr und mehr von ihren Konkurrenten ins Abseits gedrängt. Es ist mehr als fraglich, ob die NDPU bei den Parlamentswahlen 2002 noch einmal in die VR einzieht. Sie wird mit der einst mächtigen rußländischen Partei "Unser Haus Rußland" verglichen, die fast gänzlich von der

[27] Den', 21.11.1998, S. 4.

politischen Bühne verschwand, nachdem ihr Vorsitzender Černomyrdin sein Amt als Premierminister verloren hatte.

UNPS ("Sobor"), Parteivorsitzender: Anatolij Matvijenko

Am 24. Mai 1999 gründeten Matvijenko und seine Anhänger die Allukrainische politische Vereinigung "Offene Politik" (VP). Kurz zuvor (am 18. Mai 1999) waren sie aus der NDPU und der Fraktion ausgetreten. Die VP war keine politische Partei im engeren Sinn, sondern eher ein Sammelbecken für "Romantiker", die sich zwischen den Parlamentswahlen 1998 und den Präsidentschaftswahlen 1999 als "dritte Kraft" etablieren wollten. Sie betrachteten sich als "demokratische Opposition zum Clan- und Oligarchensystem von Kučma".

Zwei Tage vor den Präsidentschaftswahlen unterzeichneten Anatolij Matvijenko von der VP, Anatolij Lopata von der Partei "Einheit", Oleksandr Šandrjuk von der URP und Volodymyr Stretovyč von der CNS eine Deklaration über die Gründung einer nationaldemokratischen Partei.[28] Am 25. Dezember 1999 schlossen sich die VP und die "Einheit" zu einer neuen Partei: Ukrainische Volkspartei "Sobor" zusammen. Der Partei trat die Gruppe "Liberale Demokraten für eine offene Politik" der LDPU (Oleksandr Holovko) und die Fraktion "Für die Einheit der nationaldemokratischen Kräfte" der DPU (Volodymyr Šovkošytnyj) bei. Es wird erwartet, daß sich die CNS der neuen Partei anschließt. Auf dem Gründungsparteitag, an dem 500 Delegierte teilnahmen, wurde Anatolij Matvijenko zum Vorsitzenden gewählt, der im Parlament der Gruppe "Unabhängige" angehört. Ziel der Partei ist die Vereinigung aller Nationalpatrioten zu einer starken politischen Kraft. Einige parteilose Abgeordnete (unter ihnen Hryhorij Omel'čenko) sowie prominente Wissenschaftler und Kulturschaffende traten der Partei bei. Mögliche Verbündete sieht "Sobor" in der PRP und in beiden Ruch-Parteien.

PZU, Parteivorsitzender: Vitalij Kononov, etwa 11.000 Mitglieder,
Parteizeitung: "Zelenyj svit" (Grüne Welt)

Das Phänomen der Partei der Grünen, die es in wenigen Monaten vor den Parlamentswahlen 1998 von einer unbedeutenden Gruppe zu einer etablierten Partei brachte, zeigte, daß neue Wahlstrategien und PR-Technologien auch in der Ukraine im politischen Leben greifen. Die Partei, die kurz vor den Parlamentswahlen vom Kapital entdeckt wurde (vor allem vom Geschäftsmann und Medienmogul Vadym Rabinovyč), schaffte dank der großzügigen Finanzierung und der geschickten Wahlkampagne den Einzug ins Parlament.

Ein Jahr nach den Wahlen spaltete sich die PZU. Am 3. April 1999 sprachen 16 Gebietsorganisationen auf der Sitzung der Zentralen Koordinationsrada dem Parteivorsitzenden Kononov ihr Mißtrauen aus, der nur eigene Interessen im Auge habe. Kononov hätte die Partei zur Geisel der "Neureichen" und "grünen Geschäftsleute" gemacht. Die PZU werde von der "Partei der Macht" für ihre Zwecke ausgenutzt.

Der VII. Außerordentliche Parteitag der PZU, der am 24.-25. April 1999 in L'viv stattgefunden hat, wurde von der innerparteilichen Opposition einberufen. Die Parteiführung war auf dem Parteitag nicht präsent. Die 60 Delegierten aus 14 Gebieten gründeten eine neue Partei: die Grüne Partei der Ukraine (ZPU). Zum Vorsitzenden der ZPU wurde der Parlamentsabgeordnete Orest Mel'nikov gewählt, zu seinem Stellvertreter Mychajlo Huzol.

---

[28] Holos Ukrajiny, 13.11.1999, S. 2.

Beide waren zuvor aus der PZU ausgeschlossen worden.[29] Mel'nikov beschuldigte den PZU-Chef Vitalij Kononov der Abkehr von der Ideologie der grünen Bewegung und der Ignorierung einfacher Parteimitglieder. Kononov und seine Anhänger erkannten den Parteitag nicht an und erklärten seine Beschlüsse für illegitim.[30] Im Herbst 1999 bestätigte die zweite Etappe des VII. Parteitags der PZU Vitalij Kononov als Parteivorsitzenden.[31]

2.3 Nationaldemokraten (Rechtszentristen) und die Rechten

NRU, Parteivorsitzender Hennadij Udovenko, etwa 30.000 Mitglieder,
Parteizeitung: "Čas" (Zeit)

UNR, Parteizeitung: Jurij Kostenko, etwa 20.000 Mitglieder

Die Geschichte des Zerfalls der einst zweitmächtigsten Partei in der Ukraine nahm ihren Lauf mit dem Beginn des Präsidentschaftswahlkampfs Ende 1998, als es zu Auseinandersetzungen um den geeigneten Kandidaten und die Wahlstrategie kam. Schon am 12.-13. Dezember 1998 fand in Kiev die erste Etappe des IX. Außerordentlichen Parteitags der NRU statt, der zwei Kandidaten bestimmte, mit denen die Partei in die Präsidentschaftswahlen 1999 gehen sollte: den Parteivorsitzenden V'jačeslav Čornovil und den parteilosen Exaußenminister Hennadij Udovenko. Zur Wahl standen auch Jurij Kostenko und Maksim Bojko, die aber vom Parteitag abgelehnt wurden. Die endgültige Nominierung sollte im Sommer 1999 in der zweiten Etappe des Parteitags stattfinden. Die Ruch wollte unbedingt mit einem eigenen Kandidaten in die Wahl gehen, um die "Schmach von 1994" zu tilgen. Damals verzichtete die Partei auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten und unterstützte erfolglos den amtierenden Präsidenten Kravčuk gegen den Herausforderer Kučma.

Am 2. Dezember 1998 entstand ein politischer Block aus zwei nationaldemokratischen Parteien: der NRU und PRP.[32] Sein Ziel war die Bildung einer starken rechtszentristischen Opposition zum Präsidenten und die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen 1999. Dieser Koalition NRU-PRP trat Ende Januar 1999 auch die kleine RCP bei. Ende Januar 1999 verzichtete Čornovil auf seine Kandidatur zugunsten Udovenkos, der somit zum "einheitlichen Kandidaten der demokratischen Kräfte" wurde. Dieser Schritt Čornovils stieß auf Unverständnis in Partei und Fraktion. In der Partei machte sich Unzufriedenheit mit der Nominierung Udovenkos breit, der eine Art Alibikandidat der Nationaldemokraten und kein echter Herausforderer für Kučma sein würde.

Am 19. Februar 1999 kam es zur Spaltung der Ruch-Fraktion. Der Fraktionsvorsitzende Čornovil wurde mit 30 von 48 Stimmen abgesetzt. Am nächsten Tag wurde ihm im Parteipräsidium mit knapper Mehrheit (28 von 55 Mitgliedern) das Mißtrauen ausgesprochen. Am 28. Februar kam es schließlich zur Spaltung der Partei. Der X. Außerordentliche Parteitag, der von

---

[29] Den', 27.4.1999, S. 4.
[30] Den', 15.4.1999, S. 4.
[31] Pravda Ukrainy, 30.11.1999, S. 1.
[32] Kievskie vedomosti, 3.12.1998, S. 5.

den Čornovil-Opponenten einberufen wurde, wählte Exumweltminister Jurij Kostenko zum neuen Parteivorsitzenden. Dieser hatte kurz zuvor auch die Ruch-Fraktion im Parlament übernommen. Zu seinen Stellvertretern wurden Bohdan Bojko, Ivan Zajec und Volodymyr Černjak gewählt. Kostenko beschuldigte Čornovil des Autoritarismus, der "Usurpation der Macht" und sogar der "Privatisierung der Partei". Der wirkliche Grund für die Spaltung lag in der Wahlstrategie und -taktik Čornovils, die er als "konstruktive Opposition" bezeichnete.

Čornovil nannte den X. Parteitag "illegitim" und rief das Justizministerium an. 13 von 24 Gebietsorganisationen der Partei erkannten Čornovils Absetzung nicht an und führten am 6. März die zweite Etappe des IX. Parteitags durch, der von Čornovil-Anhängern einberufen wurde. Čornovil nannte die abtrünnigen Abgeordneten "kriminelle Kommersanten", die die Partei "privatisieren" wollten, um an Macht und Geld zu kommen. Les' Tan'juk bezeichnete die Spaltung als "Aufstand der Parteiaristokratie" und die Kostenko-Anhänger als "Lakaien der Kommerzstrukturen".[33]

Am 29. März 1999, vier Tage nach dem tragischen Unfalltod Čornovils, erkannte das Justizministerium den IX. Parteitag der Čornovil-Anhänger als legitim an. Der Ruch von Kostenko wurde somit die Legitimation aberkannt. Der Vorstand der Ruch wählte am 31. März 1999 Exaußenminister Hennadij Udovenko, der kurz zuvor der Partei beigetreten war, zum amtierenden Vorsitzenden. Auf dem Parteitag im Mai 1999 wurde er in diesem Amt bestätigt. Udovenko leitet außerdem die Čornovil-Fraktion in der VR.

Am 16. April 1999 schloß das Zentralorgan der Ruch (Udovenko) prominente Nationaldemokraten, wie Ivan Drač, Ivan Zajec, Volodymyr Černjak, Oleksandr Lavrinovyč, Pavlo Movčan, Ihor Juchnovs'kyj u.a. (insgesamt 22 Personen), die Kostenko unterstützt hatten, aus der Partei und Fraktion formal aus.[34] Über vier Monate existierten zwei gleichnamige Parteien: Ruch (Udovenko) und Ruch (Kostenko), die ihre Auseinandersetzungen vor Gerichten austrugen. Erst am 30. Juni 1999 erkannte das Oberste Gericht der Ukraine die Legitimität der Ruch-U an.[35] Damit war der Anspruch von Kostenko, seinen Teil der Partei weiterhin als "Ruch" zu bezeichnen, gescheitert. Daraufhin benannte er ihn in UNR um. Ende Dezember 1999 fand der "Gründungs- und Vereinigungsparteitag" der UNR statt, an dem 740 Delegierte aus allen Gebieten teilnahmen. Der Parteitag billigte das neue Statut, verabschiedete das Parteiprogramm und bestätigte Jurij Kostenko als Vorsitzenden.[36] Damit wurde die Spaltung der NRU zementiert.[37]

PRP, Parteivorsitzender: Viktor Pynzenyk, etwa 10.000 Mitglieder,
Parteizeitung: "PRP-Tyžden'" (PRP-Woche)

---

[33] Den', 10.3.1999, S. 1.
[34] Den', 17.4.1999, S. 2.
[35] Nezavisimost', 2.7.1999, S. 2.
[36] Večernie vesti, 21.12.1999, S. 2.
[37] Kievskie vedomosti, 20. 12.1999, S. 3.

Die PRP scheiterte zwar bei den Parlamentswahlen 1998 an der 4%-Hürde, brachte aber einzelne Vertreter in die VR, die den Kern der Fraktion "Reformen-Kongreß" bildeten. Die PRP gilt als "Partei der Reformer", da sie von dem Exvizepremier Viktor Pynzenyk geleitet wird, dessen Name für Reformbemühungen der vergangenen Jahre steht. Die PRP ist eine schwache Partei, die sich vorrangig auf die gebildete städtische Bevölkerung (Intelligenzija) stützt.

Aus ihrer Niederlage bei den Parlamentswahlen zog sie eine Lehre und schloß eine Koalition mit der Ruch (damals noch unter Čornovil), um bei den nächsten Wahlen mit gemeinsamer Wahlliste anzutreten. Nach dem Zerfall der Ruch blieb sie dem rechtmäßigen Nachfolger (der NRU-U) treu.

Am 5. Dezember 1998 fand der III. Parteitag der PRP statt, der einen Appell an den Präsidenten richtete. Darin wurde Kučma für die schwere soziale und wirtschaftliche Krise verantwortlich gemacht. Diese Krise gebe den linksorientierten Kräften einen kräftigen Schub. Die bei den Präsidentschaftswahlen drohende kommunistische Revanche könne nur ein einheitlicher Kandidat der Nationaldemokraten und Rechtszentristen verhindern, der nicht mit den Fehlern der bisherigen Politik in Verbindung gebracht werde. Kučma wurde aufgefordert, auf seine Kandidatur zu verzichten.[38] Die PRP versuchte, den Chef der Zentralbank, Viktor Juščenko, als einen solchen Kandidaten ins Spiel zu bringen. Nach dessen Absage hatte sie keine andere Wahl, als den unpopulären NRU-Chef Udovenko zu unterstützen.

URP, Parteivorsitzender: Oleksandr Šandrjuk, etwa 10.000 Mitglieder,
Parteizeitung: "Samostijna Ukrajina" (Unabhängige Ukraine)

KUN, Parteivorsitzende: Jaroslava Stec'ko, etwa 5.000 Mitglieder,
Parteizeitung: "Šljach peremohy" (Siegesweg)

UKRP, Parteivorsitzender: Stepan Chmara, etwa 4.000 Mitglieder,
Parteizeitung: "Klyč" (Appell)

Im Vergleich zu den ersten Jahren nach dem Erlangen der Unabhängigkeit haben die rechten Parteien an Popularität und Einfluß stark eingebüßt. Von den rechten Parteien nahmen sechs an den Parlamentswahlen 1998 teil: die URP, UKRP und der KUN im Wahlblock "NF", die SNPU und DSU im Block "MS" sowie die rechtsextreme UNA. Diese Parteien sind zwar die bedeutendsten im rechten Lager, im gesamtukrainischen Maßstab aber eher klein und nur auf einige Gebiete der Westukraine beschränkt. Ihre Wählerschaft in dieser Region wird ihnen von den Nationaldemokraten und Rechtszentristen streitig gemacht. Die Parlamentswahlen 1998 waren für die Rechten ein Desaster: Sie blieben allesamt außerhalb des Parlaments. Nur einzelne Abgeordnete der Rechten konnten Direktmandate in der Westukraine erwerben. Die Ultrarechten (UNA) sind vom Bürgerschreck zu Politclowns verkommen. Mit ihren radikal-nationalistischen Parolen erreichen sie heute die Bevölkerung kaum, die von den wirtschaftlichen Problemen erdrückt wird.

---

[38] Den', 8.12.1998, S. 2.

Den Hauptgegner sehen die Rechten traditionsgemäß in den linken Parteien. Aber sie nehmen auch die gemäßigten Nationaldemokraten unter Beschuß. Insbesondere die Ruch von Čornovil wurde oft wegen ihrer "zu konstruktiven" Opposition gegenüber dem Präsidenten scharf angegriffen. Die Ruch diene der Meinung des UKRP-Chefs Stepan Chmara nach dem "kriminellen, autoritären Regime, das sich in der Ukraine etabliert hatte".[39]

Repräsentativ für alle Rechten soll nur eine Partei, die URP, näher vorgestellt werden. Sie sieht sich in der Tradition des ukrainischen "Republikanismus" verankert. Ziel der URP wie der anderen Rechten ist der Aufbau eines starken Unitarstaats unter der Losung "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" und die Verwirklichung von Prinzipien des "nationalen Solidarismus", d.h. "gerechte Verteilung der Lasten und des Wohlstands zwischen allen sozialen Schichten". Die Basis dafür ist die Balance zwischen den Interessen der Nation und des Individuums.[40]

Die Parlamentswahlen 1998 brachten der URP eine herbe Niederlage: Sie konnte nur zwei Direktmandate erringen. Deswegen wurde die Parteiführung auf dem IX. Parteitag der URP (10. Oktober 1998) ausgetauscht. Der URP-Vorsitzende Bohdan Jarošyns'kyj wurde abgesetzt und Oleksandr Šandrjuk zum neuen Parteivorsitzenden gewählt, der radikale Töne anschlug. Der Ruch lastete er fehlende Distanz zum Präsidenten an. Sie sei eine "domestizierte politische Organisation, die von der Präsidialverwaltung ausgenutzt wird, um das nationaldemokratische Lager zu zähmen".[41] Lediglich die URP und der KUN seien in der Ukraine eine Kraft, die konsequent etatistische Positionen bezieht.

Vor den Präsidentschaftswahlen 1999 kritisierte die URP Kučma scharf: "Jeder Tag der Machtausübung Kučmas stellt eine Gefahr für das Fortbestehen des ukrainischen Staats dar."[42] Er hätte zu viele Zugeständnisse gegenüber Rußland gemacht, die die URP als "Verbrechen an den nationalen Interessen der Ukraine" bezeichnete (gemeint waren Vereinbarungen über Gasimporte und Konditionen der Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte). Zusammen mit drei weiteren Parteien setzte die URP auf Marčuk. Damit geriet sie in Erklärungsnot wegen der Unterstützung des Ex-KGB-Chefs der Ukraine, Marčuk, durch eine rechte Partei, die von ehemaligen Bürgerrechtlern und sowjetischen Dissidenten dominiert wird. Der URP-Ehrenvorsitzende Levko Luk'janenko, der zu Sowjetzeiten vom KGB verfolgt wurde, begründete dieses Paradox folgendermaßen: Erstens sei Marčuk ein "echter Staatsmann" *(deržavnik)*, der die Interessen der Ukraine vertritt. Zweitens sei er nicht mit irgendwelchen regionalen Gruppierungen verbunden. Und drittens lasse sich Marčuk von niemandem manipulieren. In Georgien und Aserbajdžan seien auch ehemalige KGB-Generäle an der Macht, was diesen Ländern nicht geschadet habe. Gerade solche Leute könnten den Staat konsolidieren und die Ordnung wiederherstellen.[43]

---

[39] Kievskie vedomosti, 3.12.1998, S. 5.

[40] Kievskie vedomosti, 12.8.1998, S. 7.

[41] Den', 12.9.1998, S. 4.

[42] Den', 16.10.1998, S. 4.

[43] Den', 7.4.1999, S. 4.

3. Parteien und ihre Fraktionen im Parlament

3.1 Fluktuation in der VR

Die Parlamentswahlen 1998, die nach dem gemischten Wahlsystem abgehalten wurden, und die Einführung der 4%-Hürde haben nicht zu der erhofften Strukturierung der VR und Stabilisierung der Fraktionen geführt. Die Zahl der Fraktionen und Abgeordnetengruppen im neuen Parlament stieg im Vergleich zu dem alten deutlich an (von 11 auf zeitweise 15). Der Fraktionswechsel von Abgeordneten bleibt weiterhin an der Tagesordnung. Es gibt mindestens drei Gründe dafür: Da die Parteien instabil sind, kommt es häufig zu Partei- und folglich auch Fraktionswechsel. Die Hälfte der Abgeordneten, die über Direktmandate ins Parlament kamen, fühlen sich nicht unbedingt mit einer Fraktion verbunden und wandern oft zwischen diesen. Fast in allen Fraktionen gibt es eine gewisse Zahl von Abgeordneten, die zwar über die Parteiliste ins Parlament kamen, aber nicht Mitglieder der Partei sind und somit nicht der Parteidisziplin unterliegen. Sie neigen ebenfalls zum Fraktionswechsel. Zum Beispiel wechselte der parteilose Exwirtschaftsminister Viktor Suslov in zwei Jahren zweimal die Fraktion. Er kam ins Parlament über die Liste des Wahlblocks der SPU-SelPU und gehörte zunächst der Fraktion "Linkes Zentrum" an. Nach der Spaltung dieser Fraktion wechselte er zunächst zur SelPU-Fraktion, danach war er eine Zeitlang fraktionslos und trat später der SDPU(o)-Fraktion bei. Solche zwei- oder gar dreifachen Fraktionswechsel in einer Legislaturperiode sind keine Seltenheit im ukrainischen Parlament.

Dies wird durch die geänderte parlamentarische Geschäftsordnung begünstigt. Am Anfang der laufenden 14. Legislaturperiode (1998-2002) durften nur die Parteien eine Fraktion bilden, die bei den Parlamentswahlen 1998 die 4%-Hürde überwunden hatten. Mit diesem Beschluß vom 13. Mai 1998 versuchte die VR, eine Zersplitterung der Fraktionen zu vermeiden, da den Abgeordneten, die über die Direktwahl ins Parlament kamen, deren Parteien aber an der 4%-Hürde gescheitert waren, die Bildung einer eigenen Fraktion verwehrt blieb. 51 Abgeordnete fochten diese Entscheidung beim Verfassungsgericht an, das ihnen Mitte Dezember 1998 recht gab und den erwähnten Beschluß für verfassungswidrig erklärte. Damit wurde der Weg für die Entstehung neuer Fraktionen und Abgeordnetengruppen frei.[44]

Diese Entscheidung des Verfassungsgerichts führte dazu, daß die bereits existierenden Fraktionen destabilisiert und kleiner wurden, während die Gesamtzahl der Fraktionen und Gruppen zunahm. Dazu trug auch die Herabsetzung der minimalen Mitgliederstärke einer Fraktion von 25 auf 14 bei, was die Abspaltung und Bildung neuer Fraktionen zusätzlich erleichterte. Von der "Konsolidierung" des Parlaments auf der Basis von Parteien konnte seit Ende 1998 keine Rede mehr sein. Die Zahl der Fraktionen und Abgeordnetengruppen stieg rasant an: Von Dezember 1998 bis April 1999 wurden aus acht Fraktionen und Gruppen 15.

Nicht immer folgt auf die Spaltung einer Partei die Auflösung ihrer Fraktion. Oft werden die Fraktionen selbst zu Keimzellen neuer Parteien. Die Zahl der Fraktionsmitglieder schwankt

---

[44] Kievskie vedomosti, 10.12.1998, S. 3.

beträchtlich, da sehr viele Parteilose zwischen den Fraktionen vagabundieren. Das krasseste Beispiel ist die NDPU-Fraktion, in der zwei Drittel der Mitglieder parteilos waren. Als die NDPU als "Partei der Macht" galt, stieg die Zahl der Mitglieder der Fraktion von 29 auf 77 an: Fast 50 parteilose Abgeordnete traten ihr bei. Mit dem Verlust der Vormachtstellung der NDPU verringerte sich ihre Fraktion auf 28.

Schon im ersten Jahr der Legislaturperiode (von April 1998 bis April 1999) spalteten sich vier von acht Fraktionen: Die Fraktion des Blocks "ZPNU" zerfiel in die Fraktionen der SPU und der SelPU, die Fraktion der NDPU in die Fraktionen der NDPU und "Die Wiedergeburt der Regionen", die Fraktion der VOH in die Fraktionen der VOH und "Vaterland" sowie die Ruch-Fraktion in die UNR und NRU. Außerdem entstanden zwei neue Fraktionen ("Reformen-Zentrum" und "Werktätige Ukraine") und eine Abgeordnetengruppe "Unabhängige".

Die *KPU-Fraktion* blieb dank der Parteidisziplin konstant. Erst die revolutionären Ereignisse in der VR vom Januar-Februar 2000 führten zu einer unwesentlichen Reduzierung ihrer Mitgliederzahl, kosteten sie allerdings den Vorsitz in allen von ihr geleiteten Parlamentskomitees.

Als erste etablierte sich schon im Juli 1998 die *Abgeordnetengruppe "Unabhängige"*, die zunächst nicht offiziell registriert wurde. Ihr gehörte eine Reihe prominenter fraktionsloser (nicht aber unbedingt parteiloser) Politiker an: Serhij Holovatyj, Hryhorij Omel'čenko, Serhij Ter'ochyn, Valerij Babyč, Katerina Vaščuk u.a. Diese Gruppe wurde von vielen Abgeordneten als "Zwischenstation" bei der Wanderung von einer Fraktion zur anderen benutzt. Mit der Entstehung einiger neuer Fraktionen und insbesondere mit dem Zustandekommen einer parlamentarischen Mehrheit verlor sie an Attraktivität. Am 16. März 2000 wurde sie mit zuletzt nur acht Abgeordneten aufgelöst.

Die *Fraktion "Linkes Zentrum"* (SPU-SelPU) begann kurz nach der Wahl Tkačenkos zum Parlamentsvorsitzenden zu bröckeln. Ende September 1998 verließ ein Teil der SelPU-Abgeordneten mit Serhij Dovhan' an der Spitze diese Fraktion und gründete eine eigene, die am 1. Oktober 1998 registriert wurde. In der eigenständigen SelPU-Fraktion, die 15 Abgeordnete vereinigte, gab es nur fünf Parteimitglieder. Die übrigen gehörten früher der NDPU-Fraktion an oder waren fraktionslos. Einige SelPU-Abgeordnete blieben in der gemeinsamen Fraktion, die weiterhin "Linkes Zentrum" heißt. Durch diese Spaltung wurde die Fraktion von Moroz entscheidend geschwächt, was auch zur Verringerung seines Einflusses in der VR führte. Die selbständige SelPU-Fraktion war kein langlebiges Gebilde. Nach der Absetzung Tkačenkos vom Posten des VR-Vorsitzenden im Januar 2000 verlor sie ihre Mitglieder und wurde am 29. Februar 2000 aufgelöst.

Am 22. Dezember 1998 initiierten PRP-Mitglieder die Bildung der *Fraktion "Reformen-Zentrum"*, obwohl die PRP an der 4%-Hürde gescheitert war. Ihr traten 14 Abgeordnete bei: außer fünf PRP-Mitgliedern auch zwei Ruch-Mitglieder, die von der NRU in die neue Fraktion "abkommandiert" wurden, zwei KUN-Mitglieder sowie fünf Parteilose. Die Fraktion, die sich als "rechtszentristisch" bezeichnet (rechter als die NDPU und die NRU) und heute *"Reformen-Kongreß"* heißt, wird von Viktor Pynzenyk geleitet.

Eine weitere Abgeordnetengruppe, *"Die Wiedergeburt der Regionen",* wurde am 19. Februar 1999 offiziell registriert. Schon im November 1998 trat die Gruppe um Ihor Bakaj (sieben Abgeordnete, die in der Energie- und Brennstoffindustrie tätig sind) aus der NDPU-Fraktion aus. Die meist parteilosen Abgeordneten von der sogenannten Öl- und Gaslobby bildeten den Kern der neuen Gruppe, die zunächst 22, kurz darauf schon 27 Mitglieder zählte. Die Fraktion erklärte prompt, daß sie bei den Präsidentschaftswahlen Kučma unterstützen werde. Zum ersten Mal entstand im Parlament eine Abgeordnetengruppe nicht auf der Grundlage einer Partei, sondern bildete die Keimzelle einer neuen Partei, der DS. Ihre Mitgliederzahl nahm mit ihrem Einfluß in der VR zu.

Die Entstehung der Fraktion "Die Wiedergeburt der Regionen" blieb fast unbemerkt, da die Ereignisse in einer anderen Fraktion die ganze Aufmerksamkeit auf sich zogen, nämlich die Absetzung Čornovils als Vorsitzender der *Ruch-Fraktion* und die Wahl Kostenkos zu seinem Nachfolger. Am 2. März 1999 entstanden zwei Ruch-Fraktionen, die sich zunächst Ruch (später *UNR*) und Ruch-1 (später *NRU*) nannten. Die Ruch-Fraktion umfaßte bei der Spaltung 30, die Ruch-1 16 Abgeordnete. Da wenige Tage nach der Spaltung der Ruch Čornovil tödlich verunglückte, wurde Hennadij Udovenko zum Fraktionsvorsitzenden der Ruch-1 gewählt.

Auch die *VOH-Fraktion* konnte ihre Einheit nicht wahren, nachdem ihr Partei- und Fraktionschef Pavlo Lazarenko durch den Beschluß der VR im Februar 1999 seine Abgeordnetenimmunität verloren hatte und bei der Einreise in die USA festgenommen wurde. Am 4. März 1999 entstand eine weitere, die zwölfte *Fraktion "Vaterland"* mit zunächst 23 Abgeordneten. Zu ihrer Vorsitzenden wurde Julija Tymošenko gewählt. Die Fraktion steht auf zentristischen Positionen und tritt für die Stärkung der ukrainischen Staatlichkeit ein. Ihre Ideologie ist ein Konglomerat aus sozialdemokratischen und christlichen Ideen mit einem Schuß Patriotismus. Nach Abspaltung von "Vaterland" blieben in der VOH-Fraktion, die von Eljaškevyč, Kosakyvs'kyj, Šyškin und Omelyč geleitet wurde, zunächst 19 Abgeordnete. Sie schmolz aber weiterhin wie Schnee in der Sonne und wurde am 29. Februar 2000 wegen Mitgliedermangel zusammen mit der SelPU-Fraktion aufgelöst.

Die propräsidentische *SDPU(o)-Fraktion* blieb in den vergangenen zwei Jahren stabil und konnte ihre Positionen ausbauen. Nach dem Rücktritt Marčuks wurde Oleksandr Zinčenko zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt.[45] Am 14. Mai 1999 verließ Marčuk mit zwei weiteren Abgeordneten die SDPU(o)-Fraktion und trat der Gruppe "Unabhängige" bei. Der Grund: Die Fraktion und die Partei setzten bei den Präsidentschaftswahlen auf Kučma und nicht auf ihn, wie er sich erhofft hatte.

Am 18. März 1999 rutschte die *PSPU-Fraktion* zum ersten Mal unter die Mindestzahl von 14 Abgeordneten, konnte aber die drohende Auflösung abwenden. Am 10. Februar 2000 wurde sie mit nur noch 11 Abgeordneten aufgelöst.

Am 20. April 1999 entstand die *Abgeordnetengruppe "Werktätige Ukraine"*. Die Gruppe, die bei der Gründung 15 Abgeordnete zählte, sich aber rasch vergrößerte, vereinigte "Überläufer"

---

[45] Holos Ukrajiny, 25.12.1998, S. 2.

aus den Fraktionen der NDPU, VOH, der Gruppe "Unabhängige" u.a. Sie bildete die Basis für die Gründung einer neuen zentristischen Partei, der TPU.[46] Mit der Gründung der Partei wurde die Gruppe zunächst in die Fraktion der TPU umgewandelt, der reiche und einflußreiche Geschäftsleute wie Viktor Pinčuk, Andrij Derkač (jr.), Ihor Šarov u.a. angehören.[47] Zusammen mit der Fraktion "Die Wiedergeburt der Regionen" und der SDPU(o)-Fraktion leitete sie die Parlamentsrevolution ein und bildet seitdem den Kern der parlamentarischen Mehrheit. Urspünglich wurde die Gruppe vom ehemaligen Mitglied der Fraktion "Reformen-Zentrum", Mychajlo Syrota, geführt, der sie am 20. Januar 2000 verließ. Seitdem hat die Abgeordnetengruppe der TPU drei Sprecher: Ihor Šarov, Julij Joffe und Inna Bohoslovs'ka.

Am 2. Dezember 1999 wurde eine *Abgeordnetenvereinigung "Apfel"* (die Geschäftsordnung sieht solche Vereinigungen nicht vor) gebildet. Ihr traten zunächst sieben Abgeordnete bei, unter ihnen Viktor Čajka und Mychajlo Brods'kyj. Ihr Ziel ist es, eine eigene Parlamentsfraktion und später auch eine Partei zu gründen.

Am 29. Februar 2000 entstand noch eine *Abgeordnetengruppe "Solidarität"*, gebildet aus den Resten der SelPU-Fraktion und von sechs zum Teil parteilosen Abgeordneten von der SDPU(o)-Fraktion, die Direktmandate gewannen. Die Gruppe ist linkszentristisch orientiert und wird von Petro Porošenko (SDPU(o)) und Serhij Dovhan' (SelPU) geleitet.[48]

3.2 Erdbeben im Parlament nach den Präsidentschaftswahlen 1999

Während Parteiwechsel von Politikern und Abgeordneten in den westlichen Demokratien eher eine Seltenheit ist, gehören in der Ukraine Übertritte von einer Partei zur anderen (begleitend vom Fraktionswechsel) zum politischen Alltag. Besonders instabil zeigten sich die Parlamentsfraktionen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen. Was aber nach dem Sieg Kučmas Ende 1999 in der VR geschah, übertrifft alles Dagewesene in der noch jungen Geschichte des ukrainischen Parlamentarismus. Eine "Abgeordnetenwanderung" setzte ein, die drei Monate andauerte (von Dezember 1999 bis Februar 2000) und die Kräfteverhältnisse in der VR veränderte. Die Hauptströmung ging eindeutig aus den antipräsidentischen in die mehr oder weniger loyalen Fraktionen und aus den letzteren in die absolut propräsidentischen Fraktionen. Insbesondere die Fraktionen "Vaterland", "Die Wiedergeburt der Regionen" sowie der TPU und SDPU(o) konnten ihre Mitgliederzahl steigern. Die Verlierer des Präsidentschaftswahlkampfs (vor allem die Linken Symonenko, Tkačenko, Moroz und Vitrenko), die nicht rechtzeitig vor dem zweiten Wahlgang ins präsidentische Lager übergewechselt waren (wie Marčuk), mußten zusehen, wie ihre Fraktionen schrumpften.

Nicht nur VR-Fraktionen kamen in Bewegung, sondern auch der Stuhl des VR-Vorsitzenden Tkačenko begann zu wackeln. Mit der Wahl des Kompromißkandidaten Tkačenko zum Parlamentsvorsitzenden im Sommer 1998 waren die Karten auf dem politischen Olymp neu

---

[46] Fakty i kommentarii, 22.4.1999, S. 4.

[47] Den', 21.4.1999, S. 2.

[48] Holos Ukrajiny, 1.3.2000, S. 2.

gemischt worden. Nach der anfänglichen Annäherung zwischen Tkačenko und Kučma, als Tkačenko über die Notwendigkeit "eines konstruktiven Verhältnisses zwischen Legislative und Exekutive" sprach, entpuppte er sich schon bald als ein selbständiger und dazu noch wenig berechenbarer Politiker mit eigenen Ambitionen. Nach und nach distanzierte er sich von der Politik Kučmas und begann, die Regierung heftig zu kritisieren. Als "nicht der erste, aber auch nicht der zweite Mann im Staat" (Eigenbezeichnung Tkačenkos) setzte er neue Akzente in der Innenpolitik (sein "Programm der nationalen Wiedergeburt der Ukraine") und verlangte mehr Befugnisse für das Parlament bei der Festlegung der Grundzüge der Außenpolitik. So setzte er den Beitritt der VR zur MPA durch und unternahm den Versuch einer Revision des Verhältnisses zu NATO und IWF. Zu Tkačenkos Strategie gehörten nicht nur eine neue Akzentuierung in

Fraktion/Abgeordnetengruppe	Nov. 1998	Dez. 1998	März 1999	April 1999	Nov. 1999	Dez. 1999	Januar 2000	März 2000
KPU	122	122	122	122	122	115	115	115
Linkes Zentrum	25	25	24	24	23	24	24	20
SelPU, seit Oktober 1998	15	14	15	15	12	15	15	am 10. Febr. 2000 aufgelöst
PSPU	14	14	14	13	14	11	11	am 29. Feb. 2000 aufgelöst
NRU	48	46	31	30	16	16	17	17
UNR, seit März 1999	-	-	16	16	29	27	27	21
NDPU	77	72	56	52	29	28	27	25
SDPU(o)	23	23	24	27	32	36	34	34
PZU	26	27	26	24	23	18	18	17
Hromada	45	45	42	17	13	14	14	am 29. Febr. 2000 aufgelöst
Vaterland, seit März 1999	-	-	-	24	31	33	35	34
Reformen-Kongreß, seit Dez. 1998	-	14	13	14	18	14	12	14
Unabhängige	23	20	18	18	16	13	15	am 16. März 2000 aufgelöst
Die Wiedergeburt der Regionen, seit Februar 1999	-	-	27	27	28	33	34	36
TPU, seit April 1999	-	-	-	-	22	28	28	36
Solidarität, seit Februar 2000	-	-	-	-	-	-	-	21
Fraktionslos	30	22	20	23	20	20	29	50
Gesamt	448	444	448	446	448	445	445	440

der Außenpolitik und die Distanzierung von der Regierung, sondern auch eine Nostalgie nach den vergangenen Zeiten und der Stolz auf die "Errungenschaften des Sozialismus".

Die zugespitzte Auseinandersetzung des VR-Vorsitzenden mit dem Präsidenten und seiner Umgebung, die Teilnahme an der Präsidentschaftswahlkampagne an der Seite der schärfsten Kučma-Gegner ("Kaniver Vier") und schließlich die Unterstützung des kommunistischen Kandidaten zeigten deutlich, daß Tkačenko alles auf eine Karte gesetzt hatte – auf die Abwahl Kučmas. Diese Karte stach aber nicht. Nach den Präsidentschaftswahlen fand sich Tkačenko auf der Verliererseite wieder, was er zwei Monate nach der Amtseinführung Kučmas schmerzlich zu spüren bekam.

Die Abwanderung der Abgeordneten und folglich die Gewichtsverschiebung im Parlament kamen nicht spontan zustande. Vor den Präsidentschaftswahlen nahmen viele Abgeordnete eine abwartende Position ein. Da noch wenige Monate vor dem Wahltermin der Beliebtheitsgrad Kučmas sehr niedrig war und die "Schwergewichte" der ukrainischen Politik (Marčuk, Moroz und Tkačenko) an einer Wahlkoalition bastelten, war der Ausgang der Wahlen durchaus offen. Die nach dem Wahlsieg Kučmas erstarkten rechtszentristischen Gruppierungen, die den Präsidenten unterstützen, bildeten die notwendige "kritische Masse" für radikale Veränderungen sowohl in der Arbeit als auch an der Führungsspitze und in der Struktur der VR. Quantität schlug in Qualität um.

Personelle Veränderungen in der Parlamentsführung wurden unausweichlich. Tkačenko versuchte zwar, Normalität vorzutäuschen, der Präsident und seine Umgebung waren aber nicht mehr zu Kompromissen mit den Verlierern bereit. Die Parteien, die den Präsidenten im Wahlkampf organisatorisch, ideologisch und finanziell unterstützt hatten (vor allem die SDPU(o), die NDPU, die DS und die TPU), verlangten eine Neuverteilung der Posten in der VR und in der Regierung.

Tkačenkos Hausmacht im Parlament stützte sich auf die Linken, die trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche (sie haben nach wie vor nur etwa ein Drittel der 450 Mandate) die Entscheidungen der VR beeinflussen konnten. Dies war nur dank ihrem geschlossenen Auftreten und der Uneinigkeit sowie der Disziplinlosigkeit der Zentristen möglich. So entstand die optische Täuschung, daß die Linken im Parlament dominieren. Die Fraktionsübertritte im Winter 1999-2000 machten das Übergewicht der zentristischen und nationaldemokratischen Parteien deutlich. Die "samtene Revolution" (Bezeichnung Kravčuks in Anspielung auf die gewaltlose Beendigung der kommunistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei 1989) im ukrainischen Parlament nahm ihren Anfang.

3.3 Die "samtene Revolution" im Parlament

Am 24. Dezember 1999 unterzeichneten elf Fraktionen eine Vereinbarung über die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit in der VR, nachdem Viktor Juščenko am 22. Dezember als neuer Regierungschef bestätigt worden war (296 Ja-Stimmen). Am 13. Januar 2000 verweigerten die Linken erneut die Annahme des Haushalts 2000 und die Änderung der parlamentarischen Geschäftsordnung, was das Faß der Geduld der Mehrheit zum Überlaufen brachte. Ein "Koordinationskomitee" mit dem Expräsidenten der Ukraine, Leonid Kravčuk,

von der SDPU(o) an der Spitze wurde gegründet. Die Fraktionen: "Vaterland", VOH, NDPU, NRU, UNR, PZU, "Reformen-Kongreß", SDPU(o), TPU und die Abgeordnetengruppen "Die Wiedergeburt der Regionen" und "Unabhängige" sowie einige Fraktionslose unterzeichneten eine Vereinbarung *(Uhoda)* über eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Präsidenten und der Regierung. Kravčuk erklärte, daß eine neue Phase in der Geschichte des ukrainischen Parlamentarismus angebrochen sei.[49] In der Tat zeigte sich die VR-Mehrheit zum ersten Mal bereit, ihre Schritte mit denen des Präsidenten und der Regierung zu koordinieren und die Verantwortung dafür zu tragen.

Um den anfänglichen Erfolg zu zementieren, erhöhte Kučma den Druck auf das Parlament. Am 15. Januar 2000, zwei Tage nach der Konstituierung der Mehrheit in der VR, unterzeichnete Kučma das Dekret *(Ukaz)* "Über die Durchführung eines allukrainischen Referendums auf Initiative des Volkes". Mit diesem Dekret beraumte Kučma das Referendum für den 16. April 2000 an.[50]

Folgende Fragen sollten beim Referendum beantwortet werden:[51]

1. Sprechen Sie sich für ein Mißtrauen gegenüber der VR der 14. Legislaturperiode aus und damit auch für eine Änderung der Verfassung (Art. 90), wonach der Präsident die VR auflösen kann, falls ihr bei einem Referendum das Mißtrauen ausgesprochen wird?
2. Unterstützen Sie die Ergänzung der Artikel 90 und 106, Punkt 8, wonach der Präsident die VR vorzeitig auflösen kann, wenn sie nicht binnen eines Monats eine feste parlamentarische Mehrheit bilden kann oder wenn sie nicht binnen von drei Monaten den Haushaltsentwurf der Regierung billigt?
3. Sind Sie damit einverstanden, daß die Abgeordnetenimmunität eingeschränkt und Artikel 80 entsprechend geändert wird, dem zufolge die Abgeordneten ohne Zustimmung der VR strafrechtlich nicht verfolgt, festgenommen und verhaftet werden dürfen?
4. Sind Sie damit einverstanden, daß die Zahl der Abgeordneten von 450 auf 300 reduziert wird und dementsprechend die Verfassung (Art. 76) und das Wahlgesetz geändert werden?
5. Unterstützen Sie die Bildung eines Zweikammerparlaments, in dem eine Kammer die Interessen der Regionen vertritt, und eine entsprechende Verfassungs- und Wahlgesetzänderung?
6. Sind Sie damit einverstanden, daß die ukrainische Verfassung durch ein allukrainisches Referendum angenommen werden soll?

Wie erwartet, spornte dieser Ukaz die Abgeordneten an, die Reformen im Parlament voranzutreiben. Am 21. Januar 2000 fanden getrennte Plenarsitzungen in zwei verschiedenen Gebäuden statt: Die linke antipräsidentische Minderheit blieb im VR-Gebäude (zunächst etwa

---

[49] Urjadovyj kur'jer, 18.1.2000, S. 3.

[50] Urjadovyj kur'jer, 18.1.2000, S. 2.

[51] Oficijnyj visnyk Ukrajiny, 3, 2000, S. 29-30.

180 Abgeordnete überwiegend von der KPU, SPU, SelPU und PSPU), und die rechtszentristische propräsidentische Mehrheit versammelte sich im "Ukrainischen Haus" (zunächst 232 Abgeordnete). Die Sitzung der "rebellischen" Fraktionen leitete der Stellvertretende Vorsitzende der VR, Viktor Medvedčuk, von der SDPU(o), der zum Interimsvorsitzenden gewählt wurde. Die Mehrheit von elf Fraktionen wuchs rasant an: In wenigen Tagen stieg sie von 232 am 13. Januar 2000 über 257 Ende Januar bis auf 267 Anfang Februar 2000 und 272 Mitte Februar 2000. Sie änderte die parlamentarische Geschäftsordnung und beschloß, daß alle Abstimmungen namentlich und offen durchgeführt werden müssen, um Abgeordnete zu disziplinieren und Abweichler schnell identifizieren zu können. Die wichtigste Änderung aber wurde im personellen Bereich getroffen. Der VR-Vorsitzende Tkačenko (SelPU) und sein Erster Stellvertreter Martynjuk (KPU) wurden am 21. Januar 2000 mit 239 Stimmen von ihren Posten abberufen.

Außer der Änderung der Geschäftsordnung und der Abwahl der VR-Führung beschloß die Mehrheit, eine provisorische Kommission einzuberufen, die die finanzielle Tätigkeit des ehemaligen VR-Vorsitzenden und des Apparats der VR prüfen soll. Auf Vorschlag von Les' Tanjuk (NRU) wurde beschlossen, die ukrainische Staatssymbolik anstatt der alten sowjetischen auf dem und im VR-Gebäude zu installieren.[52] Fast zehn Jahre nach der Souveränitätserklärung schmückten die alten Wappen der UkrSSR und sowjetische Skulpturkompositionen noch immer das ukrainische Parlament.

Zu Beginn der fünften Sitzungsperiode am 1. Februar 2000 schrumpfte die linke Minderheit weiter: Im VR-Gebäude nahmen nur noch 157 Abgeordnete Platz. Die rechtszentristische Mehrheit, die weiterhin im "Ukrainischen Haus" tagte, wählte fast einstimmig (255 Ja-Stimmen ohne Gegenstimmen mit einer Enthaltung, drei Abgeordnete stimmten nicht ab) "im Paket" die neue VR-Führung: Ivan Pljušč (NDPU) wurde zum VR-Vorsitzenden, Viktor Medvedčuk (SDPU(o)) zu seinem Ersten Stellvertreter und Stepan Havryš ("Die Wiedergeburt der Regionen") zum Stellvertreter. Dies wurde möglich, weil Viktor Medvedčuk am 27. Januar 2000 seine Kandidatur für das Amt des Parlamentsvorsitzenden zurückzog und damit den Weg für den zweiten Kandidaten Ivan Pljušč frei machte.[53] Dabei konnte Medvedčuk auf die Zustimmung von 134 Abgeordneten (sechs Fraktionen) bauen, Pljušc hingegen wurde von 124 Abbsgeordneten (fünf Fraktionen) unterstützt. Ebenso "im Paket" wurden die Vorsitzenden von 23 Parlamentskomitees gewählt (241 Ja-Stimmen, eine Gegenstimme und 15 Enthaltungen, zwei Abgeodnete nahmen an der Abstimmung nicht teil).

Als am 10. Juli 1998 22 parlamentarische Komitees gebildet worden waren, hatte die KPU-Fraktion in sechs Komitees den Vorsitz, die NDPU in fünf, die VOH-Fraktion in vier, die NRU-Fraktion in drei, die SPU-SelPU-Fraktion in zwei und die PZU und SDPU(o) in je einem Komitee. Die strategisch wichtigsten Komitees waren in den Händen der KPU- und der VOH-Fraktion, die SDPU(o)-, die NDPU- und die NRU-Fraktionen mußten sich mit weniger angesehenen Komitees zufriedengeben. Im Lauf der "samtenen Revolution" teilten die elf

---

52 Urjadovyj kur'jer, 26.1.2000, S. 4.

53 Holos Ukrajiny, 28.1.2000, S. 2.

Fraktionen die Komitees untereinander neu auf. Die Linken wurden von der Portefeuilleverteilung ausgeschlossen. Die Zahl von Komitees wurde von 22 auf 23 erhöht, außerdem wurde eine Kommission ins Leben gerufen. Da die NDPU mit Pljušč den neuen VR-Vorsitzenden stellt, mußte ihre Fraktion entsprechend der Vereinbarung der parlamentarischen Mehrheit den Vorsitz in allen fünf Komitees aufgeben.

Auf den Vorschlag von Oleksandr Lavrynovyč (UNR) wurde ein Gesetz verabschiedet (mit 235 Ja-Stimmen), das eine neue Zählung der Legislaturperioden der VR einführt. Somit gilt die 12. Legislaturperiode (1990-1994), in der die Unabhängigkeit der Ukraine (24. August 1991) proklamiert wurde, als die erste, die 13. Legislaturperiode (1994-1998) als die zweite und die laufende (1998-2002) als die dritte. Mit einem weiteren Beschluß setzte die Mehrheit die Tilgung der symbolischen Überreste der Sowjetzeit fort: Der 7. und 8. November (die Tage der Oktoberrevolution und bis dahin gesetzliche arbeitsfreie Feiertage in der Ukraine) wurden per Gesetz zu "normalen" Arbeitstagen erklärt (236 Ja-Stimmen).[54] Diese Beschlüsse der Mehrheit genauso wie die über die Entfernung von sowjetischen Wappen vom VR-Gebäude sind symbolische Gesten, die den endgültigen Bruch der VR mit den alten Traditionen unterstreichen sollen.

Kučma begrüßte die Wahl der neuen VR-Führung und äußerte die Hoffnung, daß die Konfrontation zwischen dem Präsidenten und der VR, die sechs Jahre andauerte, nun beendet ist. Die parlamentarische Mehrheit sollte laut Kučma die Verantwortung für die Lage im Land mit der Regierung teilen.[55] Der neue VR-Vorsitzende Ivan Pljušč, der dieses Amt schon einmal (1991-1994) bekleidete, ist Vorstandsmitglied der NDPU und steht Präsident Kučma loyal gegenüber. Pljušč wird es nicht zulassen, daß die VR wieder in Konflikt mit dem Präsidenten gerät. Als routinierter Taktiker und Opportunist ähnelt er dem Exvorsitzenden der rußländischen Duma, Ivan Rybkin, der von einem Linken zu einem treuen Anhänger von El'cin mutierte und die Duma zwei Jahre lang (1993-1995) beherrschte.

Mit dem Referendumsukaz gelang es dem Präsidenten, nicht nur die parlamentarische Revolution in der VR anzukurbeln und die Absetzung Tkačenkos zu erreichen, sondern auch von seiner Verantwortung für die katastrophale Wirtschaftslage abzulenken und sie auf die VR abzuwälzen. Aber auch nach Bildung einer Mehrheit wollte Kučma nicht auf das Referendum verzichten. Er begründete dessen Notwendigkeit mit dem Hinweis, daß nur unter dem Druck eines Referendums diese Mehrheit Bestand haben könne. Wenn man auf das Referendum verzichte, dann drohe die Gefahr des Zerfalls der Mehrheit.[56]

Die parlamentarische Mehrheit, die auf "konstruktive Arbeit" (sprich: Entgegenkommen gegenüber dem Präsidenten) eingeschworen wurde, zeigte sich tatsächlich devot. Die rechtszentristischen und rechten Parteien reagierten auf den Präsidentenukaz frei nach dem Motto: "Wir haben verstanden!" und verabschiedeten die vom Präsidenten gewünschten Gesetze rasch: über den Staatshaushalt 2000, über die Abschaffung der Todesstrafe, über die

---

[54] Holos Ukrajiny, 2.2.2000, S. 2.

[55] Holos Ukrajiny, 3.2.2000, S. 2.

[56] Holos Ukrajiny, 14.3.2000, S. 2.

Privatisierung, über die Parteien usw. Sie ratifizierten auch den Vertrag über den Status der ausländischen Streitkräfte zwischen der NATO und den PfP-Mitgliedern.

Die Reaktionen der Parteien im Parlament auf den Referendumsukaz fielen erwartungsgemäß konträr aus. Während rechte und rechtszentristische Fraktionen im großen und ganzen den Ukaz begrüßten, schlugen die linken Parteien für das ukrainische Referendum eigene Fragen vor: die Abschaffung des Präsidentenamts, das Vertrauen zu Präsident Kučma, die vorläufige Einstellung der Beziehungen zum IWF, die Aufhebung der Immunität des Präsidenten, der Abgeordneten und der Richter, die Rückzahlung aller Sparguthaben, die die Bürger am 1. Januar 1992 besaßen, innerhalb von fünf Jahren.

Die nötigen Unterschriften für das alternative Referendum werden noch gesammelt, es ist aber fraglich, ob es zustande kommt. Außerdem wandten sich die Linken an das Verfassungsgericht, um prüfen zu lassen, ob die Beschlüsse der Mehrheit vom 21. Januar und 1. Februar 2000 sowie der Präsidentenukaz vom 15. Januar 2000 über das Referendum der Verfassung entsprechen. Nach Ansicht des unabhängigen Abgeordneten und Exjustizministers Serhij Holovatyj gibt es keine Gesetzesgrundlage für den Referendumsukaz. Dies sei der Weg in die Diktatur, die teilweise schon existiere. Sie müsse nur vom Volk abgesegnet werden, das von "seiner angeblichen Referendumsinitiative" nichts ahne.[57]

Am 27. März 2000 entschied das Verfassungsgericht (auf internationalen Druck hin), die erste und die sechste Frage aus dem Referendum zu streichen, da sie nicht verfassungskonform seien. Damit war die Gefahr der Parlamentsauflösung vorerst gebannt. Das Verfassungsgericht hat mit dieser Entscheidung Kučma den Weg versperrt, über den Kopf der VR hinweg Verfassungsänderungen vom Volk absegnen zu lassen. Die VR kann vom Präsidenten nicht aufgelöst werden, außer auf dem von der Verfassung vorgesehenen Weg. Das Parlament ist die einzige Institution, die die Verfassung mit Zweidrittelmehrheit ändern kann und nur auf der Basis des in der Verfassung festgeschriebenen Prozedere.

Das Referendum vom 16. April 2000 brachte keine Überraschungen: Die überwiegende Mehrheit von über 80% (an dem Referendum nahmen etwa 81% der Wahlberechtigten teil)[58] unterstützte die Vorschläge des Präsidenten, denn die Bevölkerung wurde von den präsidententreuen Medien seit Monaten entsprechend "bearbeitet". Die Popularität des Parlaments ist ohnehin so gering, daß die Wähler auch für seine Abschaffung votiert hätten, falls diese Frage gestellt worden wäre.

Die Referendumsergebnisse sind ohne Zweifel ein Erfolg für Kučma und die Bestätigung seiner Linie einer Entmachtung des Parlaments. Sich auf den "Willen des Volkes" stützend, verlangt Kučma zwar vom Parlament, die Verfassungsänderungen entsprechend den Referendumsergebnissen rasch zu verabschieden. Dies käme aber einer Selbstbeschneidung der VR gleich. Darüber hinaus reicht die präsidententreue Mehrheit im Parlament nicht aus,

---

[57] Holos Ukrajiny, 12.2.2000, S. 2.

[58] Nezavisimost', 18.4.2000, S. 1.

um die Verfassung zu revidieren. Aber unabhängig davon, ob die für die Verfassungskorrekturen notwendige Zweidrittelmehrheit zustande kommt, ist die VR für die nächste Zeit gelähmt.

Vorerst bleibt alles beim alten. Kučma ging aus dem Referendum zwar politisch gestärkt hervor und erhielt zusätzliche Druckmittel gegenüber dem Parlament, das jetzt den Willen des Volkes nicht ignorieren kann. Der Präsident verfügt aber über kein weiteres Instrument, um zusätzlichen Druck auf die VR auszuüben, falls sie die Verfassungsänderungen verweigert.

Fazit

Ob die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit von Dauer sein wird, ist anzuzweifeln, da diese Koalition bunt zusammengewürfelt ist. Das einzige, was die Abgeordneten zusammenschweißte, war die Angst vor einer vorzeitigen Parlamentsauflösung, da die meisten Parteien, die die Mehrheit bilden, auf vorgezogene Parlamentswahlen nicht vorbereitet sind. Den Kern dieser präsidentenfreundlichen Koalition bilden Parteien, die zur "Partei der Macht" gehören.

Vor dem Hintergrund des wachsenden Autoritarismus im GUS-Raum, wo Präsidenten Parlamente auflösen, Verfassungen willkürlich ändern und ihre Sondervollmachten vom Volk absegnen lassen, bildete die Ukraine bis Anfang 2000 eine positive Ausnahme. Das ukrainische Experiment mit der ausbalancierten Gewaltenteilung droht jetzt zu scheitern. Der Virus des Autoritarismus hat nach den Präsidentschaftswahlen 1999 auch die Ukraine befallen. Die Ausweitung seiner Befugnisse auf Kosten der Legislative wurde für Kučma zur Prestigefrage.

Es ist zu bezweifeln, daß die ukrainische Demokratie durch die Beschneidung der Parlamentskompetenzen an Stabilität gewinnt. Die Entmachtung des Parlaments bei gleichzeitiger Stärkung des Präsidialsystems ist kein Allheilmittel, sondern stellt im Gegenteil die Gefahr dar, ohne entsprechende Gegengewichte zum Autoritarismus zu verkommen. Damit rückt die Ukraine vom demokratischen Prinzip der Gewaltenteilung und somit von Europa ab.

Abkürzungsverzeichnis

APU	Ahrarna partija Ukrajiny	Agrarpartei der Ukraine
ARK	Avtonomna Respublika Krym	Autonome Republik Krim
CDPU	Chrystyjans'ko-demokratyčna partija Ukrajiny	Christlich-Demokratische Partei der Ukraine
CNS	Chrystyjans'ko-narodnyj sojuz	Christliche Volksunion
DPU	Demokratyčna partija Ukrajiny	Demokratische Partei der Ukraine
DSU	Deržavna samostijnist' Ukrajiny	Staatliche Unabhängigkeit der Ukraine
DS	Demokratyčnyj sojuz	Demokratische Union
KPU	Komunistyčna partija Ukrajiny	Kommunistische Partei der Ukraine
KUN	Konhres ukrajins'kych nacionalistiv	Kongreß der ukrainischen Nationalisten
LDPU	Liberal'no-demokratyčna partija Ukrajiny	Liberal-Demokratische Partei der Ukraine

LPU	Liberal'na partija Ukrajiny	Liberale Partei der Ukraine
MPA	Mižparlaments'ka Asambleja SND	Interparlamentarische Versammlung der GUS
MS	Menše sliv	Wahlblock "Weniger Worte" (SNPU und DSU)
NDPU	Narodno-demokratyčna partija Ukrajiny	Volksdemokratische Partei der Ukraine
NF	Nacional'nyj front	Wahlblock "Nationale Front" (URP, UKRP und KUN)
NRU	Narodnyj ruch Ukrajiny (früher Ruch-U)	Volksbewegung der Ukraine (Udovenko)
PP	Partija praci	Partei der Arbeit
PRP	Partija "Reformy i porjadok"	Partei "Reformen und Ordnung"
PRVU	Partija rehional'noho vidrodžennja Ukrajiny	Partei der regionalen Wiedergeburt der Ukraine
PSPU	Prohresyvna socialistyčna partija Ukrajiny	Progressive Sozialistische Partei der Ukraine
PZU	Partija Zelenych Ukrajiny	Partei der Grünen der Ukraine
RCP	Respublikans'ka chrystyjans'ka partija	Republikanische Christliche Partei
RNBOU	Rada nacional'noj bezpeky i oborony Ukrajiny	Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine
SBU	Služba bezpeky Ukrajiny	Sicherheitsdienst der Ukraine
SDPU	Social-demokratyčna partija Ukrajiny	Sozialdemokratische Partei der Ukraine
SDPU(o)	Social-demokratyčna partija Ukrajiny (objednana)	Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine
SDS	Social-demokratyčnyj sojuz	Sozialdemokratische Union
SelPU	Seljans'ka partija Ukrajiny	Bauernpartei der Ukraine
SNPU	Social-nacional'na partija Ukrajiny	Sozial-nationale Partei der Ukraine
SPU	Socialistyčna partija Ukrajiny	Sozialistische Partei der Ukraine
TPU	Trudova partija Ukrajiny	Arbeitspartei der Ukraine
UKRP	Ukrajins'ka konservatyvna respublikans'ka partija	Ukrainische Konservative Republikanische Partei
UNA	Ukrajins'ka nacional'na asambleja	Ukrainische nationale Versammlung
UNR	Ukrajins'kyj narodnyj ruch (früher Ruch-K)	Ukrainische Volksbewegung (Kostenko)
UNPS	Ukrajins'ka narodna partija "Sobor"	Ukrainische Volkspartei "Sobor"
UPJe	Ukrajins'ka partija "Jednist'"	Ukrainische Partei "Einheit"
URP	Ukrajins'ka respublikans'ka partija	Ukrainische Republikanische Partei
USDP	Ukrajins'ka social-demokratyčna partija	Ukrainische Sozialdemokratische Partei
USelDP	Ukrajins'ka seljans'ka demokratyčna partija	Ukrainische Demokratische Bauernpartei
VOB (Vaterland)	Vseukrajins'ke objednannja "Bat'kyvščyna"	Allukrainische Vereinigug "Vaterland"
VOH (Hromada)	Vseukrajins'ke objednannja "Hromada"	Allukrainische Vereinigung "Gemeinschaft"
VP	Vidkryta polityka	Allukrainische politische Vereinigung "Offene Politik"
VR	Vechovna Rada	Oberster Sowjet, das ukrainische Parlament
VU	Vpered, Ukrajino!"	Partei "Vorwärts, Ukraine!"
ZPNU	Za pravdu, za narod, za Ukrajinu!	Wahlblock "Für die Wahrheit, für das Volk, für die Ukraine!" (SPU und SelPU)
ZPU	Zelena partija Ukrajiny	Grüne Partei der Ukraine

Alexander Ott

The Political Parties in Ukraine: Activities Inside and Outside Parliament

Bericht des BIOst Nr. 10/2000

Summary

Findings

1. The Ukrainian multi-party system exhibits many peculiarities that distinguish it from Western democracies. The lack of any legal basis appears not to be an obstacle to the proliferation of parties. The act "On the political parties" was passed by parliament in March 2000, but it has not yet come into force, as the president is refusing to sign it and put it into effect. By now there are over 90 parties in Ukraine, of which less than 20 deserve the epithet "political". The number of parties is inversely proportional to their political influence.
2. The party landscape in Ukraine has been experiencing quite a boom for some years. New groups and associations calling themselves parties emerge nearly every month, while the existing parties are shaken by fragmentation and break-aways. As is to be expected, party life waxes particularly strong in the lead-up to elections; blocks and coalitions are formed, leaderships re-shuffled, manifestos updated, party names changed, and even more new parties are founded.
3. Political affairs in Ukraine are very much in flux. The parties remain extremely instable and highly dependent upon the state authorities. There is hardly a party in Ukraine that has not been shaken by disintegration into splinter groups, split-offs, internal revolts, sacking of prominent personalities, etc. On the eve of the 1999 presidential election, many parties split up, for instance Rukh, which broke down into a Chornovil-Udovenko Rukh and a Kostenko Rukh, the SDPU(o)[59], from which first the USDP under Onopenko and later the SDS under Peresun'ko split off, the DPU which, to all intents and purposes, consisted of two parties with the same name but different chairmen (Anaton'yeva and Yavorivsky). Splits also occurred in the VOH and the NDPU. The instability of the parties is reflected in parliament, too: when a party disintegrates, so, too, does its parliamentary group, for instance NRU into Rukh-1 and simply Rukh, and the VOH into "Fatherland" and "Hromada".

[59] See list of abbreviations at the end of the report.

4. In recent years, a number of permanent quantities have established themselves in the political landscape alongside the numerous pseudo- and mini-parties and have achieved democratic legitimation in elections. On the left wing, these are the Communists (CPU), the Socialists (SPU), the Peasants' Party (SelPU) and the Progressive Socialists (PSPU); on the right (national-democratic) wing there is the NRU, and in the centre the NDPU and the SDPU(o). All of these surmounted the 4 % threshold in the 1998 parliamentary elections and are represented as recognised groups in parliament. Some new parties (VOB, DS, TPU) with close links to the executive are playing an increasingly influential part.
5. During Kuchma's first period in office, his policies allowed numerous interest groups and business clans, also known as "oligarchs", to arise. By founding parties of their own (DS or TPU), these began to emerge from "shadow politics" and to become legal political players. They form the nucleus of the so-called "Party of Power". The oligarchs have discovered politics as a kind of lucrative business. Since, in Ukraine, successful businesses are possible only with the goodwill and exclusively under the control of the executive, only loyal businessmen can survive in the long term. The oligarch parties draw their power basis from their monopolies over the most important branches of industry.
6. In January/February 2000, a pro-president revolution took place in parliament which radically reduced the influence of the Left and brought about shifts in the power constellation both in the Verkhovna Rada (VR) and in the relationship between parliament and president. Although the CPU continues to form the largest parliamentary group in terms of numbers, in the wake of the "velvet revolution" it no longer has any levers on power. These are effectively in the hands of three parliamentary groups: the SDPU(o), the TPU and the "Renaissance of the Regions" (DS party), which head a conglomerate of eleven parliamentary groups and three groups of independent deputies. These three parties, which have relegated ex-Prime Minister and NDPU chairman Pustovoytenko and his party to the political sidelines, have taken the political initiative since the presidential elections. The groups that form the majority in parliament support the reforms announced by the President. However, this majority was not the result of democratic elections but was engineered by administrative methods: under considerable pressure on the part of the president and his administration and under threat of dissolution of parliament.
7. The results of the referendum held on 16th April 2000 are a success for Kuchma and a corroboration of his endeavours to disempower parliament. Although Kuchma, citing the "wishes of the people", is demanding that parliament should rapidly pass constitutional amendments in line with the results of the referendum, this would amount to the VR castrating itself. Besides, the President does not command a large enough majority in parliament to amend the constitution. But regardless of whether the two-thirds majority required for changes to the constitution can be achieved, the VR remains crippled for the foreseeable future.